

(Trinius (SPD))

- (A) ändert sich an dieser Voraussetzung im Prinzip nichts.

(Hardt (CDU): Nur soviel, daß sie weg ist!)

Nun sind wir in der schönen Adventszeit, in der Lieder wie "Wie soll ich dich empfangen, und wie begegn' ich dir?" gesungen werden. Es ist unter diesem Aspekt hochinteressant zu lesen, was die baden-württembergische Landesrektorenkonferenz dazu sagt. Sie erklärt:

Die Landesrektorenkonferenz hat im Grundsatz nichts gegen eine Privatuniversität einzuwenden. Sie ist jedoch auch der Meinung, daß eine Privatuniversität auch privat finanziert werden muß und der Ausbau nicht zu Lasten der staatlichen Universitäten gehen darf.

Das ist die Meinung sowohl der Landesrektorenkonferenz in Nordrhein-Westfalen wie in Baden-Württemberg. Das müßte jeden nachdenklich stimmen.

(Zustimmung bei der SPD)

Lassen Sie mich abschließend folgendes sagen: Wir wollten diesen Wettbewerb, und dazu stehen wir noch, und wir wollen ihn weiterhin! Aber: Wird ein solcher Wettbewerb nicht unlauter, wenn aus der privilegierten Privatuniversität eine staatlich finanzierte und staatlich privilegierte Hochschule wird, die nur noch dank der bloßen Rechtsform "GmbH" den Titel "privat" verdient?

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn man sich noch einmal vor Augen hält, daß der Staat, Baden-Württemberg selbst - wie wir es auch getan haben -, eine Hochschule von wichtigen, die Hochschulen im übrigen normalerweise sehr belastenden Vorschriften ausnimmt, sie also insoweit privilegiert und gleichzeitig diese so privilegierte Hochschule finanziert, dann beantworten Sie einmal für sich die Frage, was der Ausdruck "freie Universität" - gemessen an der Vergangenheit zurück bis 1948 - eigentlich bedeuten darf!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen. Damit erkläre ich die Aktuelle Stunde für geschlossen.

Ich rufe nun Punkt 2 der Tagesordnung auf: (C)

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988  
(Haushaltsgesetz 1988)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 10/2250

Ergänzung der Landesregierung  
Drucksache 10/2530

Zweite Ergänzung der Landesregierung  
Drucksache 10/2670

Finanzbericht Nordrhein-Westfalen 1988  
Vorlage 10/1160

Beschlußempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung  
Drucksachen 10/2621 bis 10/2635

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur dritten Lesung  
Drucksache 10/2690  
dritte Lesung

in Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1987 bis 1991

Unterrichtung durch die Landesregierung  
- zur Beratung -  
Drucksache 10/2251 (D)

Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 10/2691

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1988  
(Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1988)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 10/2252

Zweite Ergänzung der Landesregierung  
Drucksache 10/2670

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung  
Drucksache 10/2620

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur dritten Lesung  
Drucksache 10/2692  
dritte Lesung

In die Beratung einbezogen werden mehrere Entschließungsanträge, und zwar:

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/2701 - Stichwort: Kriminalitätsbekämpfung -, Einzelplan 03;

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/2702 - Stichwort: Rechtspflege/Strafvollzug -, Einzelplan 04;

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/2703 - Stichworte: Schule und Kultur; Wissenschaft und Forschung - Einzelpläne 05 und 06;

Antrag der CDU Drucksache 10/2706 - Private Hochschule Witten/Herdecke -, Einzelplan 06;

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/2704 - Stichwort: Landesjugendplan -, Einzelplan 07;

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 10/2715 - Stichwort: Landesjugendplan -, ebenfalls Einzelplan 07;

- (B) Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/2705 - Stichwort: Verkehr -, Einzelplan 11 des Haushaltsgesetzes.

Ferner teile ich Ihnen mit, daß zu Einzelplan 08 - Stichwort: Steinkohle - Ihnen inzwischen zwei neue Entschließungsanträge vorliegen, und zwar mit Drucksache 10/2723 ein Antrag der SPD-Fraktion und mit Drucksache 10/2726 ein gemeinsamer Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P.. Hiermit sind die Drucksachen 10/2707, 10/2716 und 10/2717 erledigt.

Die Abstimmung über die Entschließungsanträge erfolgt - wie hier üblich - nach der Verabschiedung des Haushalts.

Meine Damen und Herren! Ich eröffne jetzt die Beratung in dritter Lesung. Als erster hat sich Herr Dr. Worms für die Fraktion der CDU gemeldet. Herr Dr. Worms, ich erteile Ihnen das Wort.

Dr. Worms<sup>\*)</sup> (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war zu erwarten, daß die Felder der Bundes- und der Landespolitik in der zweiten Lesung kontrovers diskutiert werden würden, weil

beide für die künftige Entwicklung unseres Landes auf engste zusammengehören. (C)

In Bonn ist eine Kohlerunde zu Ende gegangen - unter Führung der Bundesregierung. Ergebnis: Alle Beteiligten, auch Nordrhein-Westfalen stimmten zu.

Im Februar 1988 wird es die entscheidende Stahlrunde unter Führung der Bundesregierung geben. Ergebnis - und dessen bin ich sicher - wird sein: auch da wird Nordrhein-Westfalen zustimmen.

(Der Redner spricht mit Mühe und unter Husten mit zwischendurch versagender Stimme.)

In Bonn ist die Steuerreform in ihren Eckwerten praktisch beschlossen, ebenfalls unter Führung der Bundesregierung. Ergebnis: Weitere 500 000 Bürger zahlen bei gleichem Einkommen künftig keine Steuern mehr.

(Beifall bei der CDU)

Und dennoch steigt das Steueraufkommen. Damit werden wir auch im Lande Nordrhein-Westfalen wieder mehr in unseren Kassen haben.

(Erneuter Hustenanfall des Redners)

- Ich bitte um Entschuldigung! Die Luft scheint so trocken zu sein - -

(Zurufe - Unruhe)

Die Gesundheitsreform wird in Bonn noch im Laufe des Jahres 1988 verabschiedet werden. Ergebnis: Von insgesamt 125 Milliarden DM werden 14 Milliarden DM eingespart, um damit endlich den Einstieg in die dringend notwendige Absicherung der Pflegefallrisiken zu erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Bonn hat die Familienpolitik zum Schwerpunkt gemacht. Ergebnis: Es wurden Ziele erreicht, um die in der Sozialpolitik seit über hundert Jahren gerungen worden ist.

(Der Redner spricht mühsam weiter.)

Meine Damen und Herren! Bonn löst Zug um Zug die oft sehr schwierigen Fragen im Bereich des Umweltschutzes. Ergebnis: Dank der Zähigkeit und Beharrlichkeit der deutschen Politik wird der Umweltschutz auch in Europa immer stärker beachtet.

(Dem Redner versagt die Stimme.)

- (A) Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Worms, ich möchte mir den Vorschlag erlauben, daß wir die Sitzung drei Minuten unterbrechen, damit Sie Gelegenheit erhalten, Ihre Stimme etwas zu entlasten.

(Allgemeine Zustimmung)

- Ich bedanke mich, meine Damen und Herren, daß Sie gleich zugestimmt haben. Ich unterbreche die Sitzung kurz bis 11.40 Uhr.

(Unterbrechung von 11.37 Uhr bis 11.44)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Ich bitte, wieder Platz zu nehmen.

Ich eröffne die Sitzung wieder. Wir setzen die Beratung des Haushalts in dritter Lesung fort.

Über den weiteren Ablauf möchte ich Sie wie folgt unterrichten. Herr Kollege Dr. Worms muß seine Stimme noch etwas erholen. Die Fraktionsvorsitzenden haben sich eben dahingehend verständigt - damit wir auch in der Reihenfolge bleiben, wie sie in der dritten Lesung üblich ist: Opposition und dann Regierung -, daß zunächst Herr Kollege Dorn das Wort ergreift, danach Herr Kollege Prof. Dr. Farthmann spricht und sich dann Herr Dr. Worms anschließen wird. Ich darf Sie also - es sind alle damit einverstanden gewesen - um Ihre Zustimmung dazu bitten.

- (B) (Zustimmung)

Ich darf dann zunächst Herrn Dorn das Wort erteilen. Bitte schön!

Dorn \*) (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat uns in dieser Woche erklärt: Der Landeshaushalt ist der Beweis für das, was eine Landesregierung politisch für nötig und wünschenswert hält. Da wir Freien Demokraten auch dieser Meinung sind, hatten wir ja beantragt, die Regierung möge ihren Entwurf für den Haushalt 1988 zurückziehen, da er in seinen Schwerpunkten eben nicht mit den Ankündigungen der Regierung übereinstimmt, sondern vielmehr eine Fortschreibung der alten, zum großen Teil seit Jahren bestehenden Einzelpositionen ist und nicht mit den notwendigen Strukturveränderungen unseres Landes übereinstimmt. Wenn es noch einen Beweises für die Richtigkeit unserer Auffassung bedurft hätte, so hat ihn die Landesregierung selbst erbracht, indem sie uns einige bemerkenswerte Zahlen lieferte, wie sie den Haushalt 1987 realisiert.

Der Landeshaushalt 1987 umfaßt im Etat des Wirtschaftsministers 254 Seiten. Aus diesem Einzeletat liegen uns ganze 12 Seiten vor, zu denen uns die Regierung mitgeteilt hat, wie zum 31. Oktober das Verhältnis der Ausgaben im Vergleich zu den Haushaltsansätzen ist. Auf diesen 12 Seiten konnten wir erkennen, wie unglaublich groß der Unterschied zwischen dem, was die Regierung vorhatte, und ihrer wirklichen Politik ist.

Bei 18 Einzelpositionen dieses Haushaltes, die mit einem Volumen von 507 Millionen DM als Ausgabe vorgesehen waren, wurden 281 Millionen DM nicht ausgegeben. Das ist weit mehr als die Hälfte der veranschlagten Summe. Dazu kommen noch Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 608 Millionen DM. Bei dieser Beurteilung der Einzelpositionen habe ich alle Positionen nicht berücksichtigt, bei denen bis zum 31. Oktober 70 % und mehr der Haushaltsansätze verausgabt worden sind, so daß also der Einwand, den der Wirtschaftsminister in der zweiten Lesung in diesem Hause erhoben hat, von der Sache völlig unzutreffend ist.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion! Sie müssen sich doch auch total verschaukelt vorkommen.

(Zustimmung bei der F.D.P. - Tschoeltsch (F.D.P.): Die merken das gar nicht!)

Die Regierung Rau verlangt von Ihnen, daß Sie den Haushalt akzeptieren. Sie beschließen dann auch die Mittel und müssen spätestens im November feststellen, daß Sie schlicht und einfach mißbraucht wurden, weil die Regierung Ihre Entscheidungen als Abgeordnete ins Gegenteil ihrer eigenen Politik verkehrt.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Damit Sie wissen, welche einzelnen Positionen in diesem Etat betroffen sind, will ich Ihnen einige Beispiele dafür vortragen. Das Kapitel 08 050 - Förderung des Bergbaues und der Energiewirtschaft - ist ein Schwerpunkt der Landesregierung nach ihren verbalen Erklärungen. Darin finden sich: Investitionshilfen an Unternehmen des deutschen Steinkohlenbergbaues, Haushaltsansatz 43 Millionen DM, Ausgabe 0 DM; Landesanteil an der Annuität für die der Ruhrkohle AG eingeräumte Schuldbuchforderung, Haushaltsansatz 10 Millionen DM, Ausgabe 0 DM; Förderung von Investitionen zur Beschränkung der Luftverunreinigungen, Geräusche und Erschütterungen von Anlagen, die der Bergaufsicht unterstehen, Haushaltsansatz 5 Millionen DM, Ausgabe 0 DM.

(C)

(D)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Aus Kapitel 08 040 nenne ich: Förderung der direkten Kohleverwendung im Wärmemarkt, Haushaltsansatz 3 Millionen DM, Ausgabe 560 000 DM; Titelgruppe 86: Kohleheizkraftwerks- und Fernwärmeausbauprogramm, Haushaltsansatz 28 Millionen DM, Ausgabe 12 Millionen DM; Ausbau der Fernwärmeversorgung auf Basis Kohle, Müll, Abwärme, Haushaltsansatz 17 Millionen DM, Ausgabe 7 Millionen DM.

Dies könnte ich in einer Vielzahl von Einzelpositionen weiter fortführen. Ich will nur noch einen nennen: Technologieprogramm Bergbau, Haushaltsansatz 67 Millionen DM, Ausgabe 38 Millionen DM.

Diese Beispiele einer verheerenden Politik dieser Regierung lassen sich in einer Fülle von Einzelbeispielen nachweisen und werden zum Schluß des Haushaltsjahres dazu führen, daß mehr als eine Milliarde DM, die Sie dieser Landesregierung bewilligt haben, von der Landesregierung unter Diskreditierung Ihrer Entscheidung überhaupt nicht verausgabt worden sind.

(Westermann (SPD): Das wollen Sie doch wohl nicht kritisieren!)

Für den Bereich des Sportstättenausbaus zum Beispiel wurden trotz eines großen Antragsstaus bei den Gemeinden 32 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen nicht ausgegeben. Dies ist auch nur ein kleines, weiteres Beispiel; ich könnte Ihnen eine Vielzahl anderer mit größeren Volumen nennen.

(B)

Meine Damen und Herren, da hat diese Landesregierung noch den traurigen Mut, die Arbeitslosigkeit im Baubereich zu beklagen. Sie selbst muß einen Teil der Verantwortung für die Arbeitslosigkeit übernehmen, da sie verhindert, daß Hunderte von Millionen DM, die für Investitionen auch auf dem Bausektor vorgesehen und vom Parlament bewilligt waren, ausgegeben wurden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir Freien Demokraten fragen mit großer Besorgnis: Wie viele Arbeitslose hätten von einer vernünftigen Politik dieser Regierung profitieren können?

(Zuruf von der F.D.P.: Jede Menge!)

Aber diese Regierung ist sogar nicht einmal dazu fähig, ihre eigenen Programme zu verwirklichen.

(Beifall bei F.D.P. und bei CDU)

In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß bei einem Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit über 70 % der Mittel nicht ausgegeben wurden. Finanzminister Posser teilte mit, daß beim Wirtschaftsminister bei einem anderen Programm von 60 Millionen DM nur 15 Millionen DM abgeflossen seien.

(C)

Meine Damen und Herren, die Politik der Regierung Rau ist in einem so hohen Maße unglaublich, wie es beispiellos in der Geschichte unseres Landes ist.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf von der SPD)

Sie verlangt von der Mehrheitsfraktion die Unterstützung für ihre angeblichen Absichten. Nachdem die SPD ihr dafür im Parlament die Mehrheit verschafft hat, denkt sie nicht mehr daran, ihre Sprüche durch Taten zu ergänzen. Im Gegenteil, sie versagt in der praktischen Politik ihren eigenen Plänen die notwendige Unterstützung.

Nun kann man sagen: Niemand ist über sein Können hinaus verpflichtet, und das Nichtkönnen ist der Maßstab für diese Regierung. Doch nach dem Satz des Polonius in Hamlet: Ist dies schon Tollheit, hat es doch Methode, fahre ich mit der Bewertung der Methode der Regierung Rau fort, Politik durch Ankündigungen zu ersetzen. Wie sagte doch der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung am 10. Juni 1985 - ich zitiere -:

(D)

Mit drei neuen Projekten will die Landesregierung neues Engagement anstoßen. Wie werden ein Institut "Arbeit und Technik" und ein Kulturwissenschaftliches Institut gründen. Wir streben dabei eine Organisationsform an, aus der ein Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen entstehen kann.

Dann war eineinviertel Jahr Sendepause. Im zuständigen Ausschuß verkündete dann Minister Heinemann am 24. September 1986: Wir werden mit dem Ausbau des Instituts 1987 beginnen. Im selben Ausschuß verkündete derselbe Minister am 15. Oktober 1986: 1987 wird das Institut noch nicht das ganze Jahr arbeiten, aber es wird mit dem Kulturinstitut verklammert. Am 18. März 1987 legte der Minister dem Ausschuß einen Bericht vor, in dem er mitteilte: Die Staatskanzlei ist bemüht, noch in diesem Monat eine Entscheidung über den Standort herbeizuführen. In derselben Sitzung erklärte Staatssekretär Nelles:

Die Institutsgründung entspricht einer originären Verpflichtung gegenüber den

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Dieses Institut wird eine gewisse Leit- und Koordinierungsfunktion für die einschlägige Forschung in unserem Land haben. Dadurch wird auch die Arbeit derjenigen Institute verbessert, die sich heute schon mit der angewandten Forschung und der Projektforschung allein auseinandersetzen.

Und dann fuhr er fort:

Das Institut "Arbeit und Technik" soll durch seine Forschungsarbeiten weit über unser Land, aber auch weit über die Bundesrepublik Deutschland hinaus wirken.

Mein Freund Dr. Schaumann hat schon im Ausschuß darauf hingewiesen, welcher Unsinn hier von der Landesregierung an den bestehenden Forschungsinstituten vorbei praktiziert werden soll. Aber diese Regierung ist ja im Vollgefühl der absoluten Mehrheit unbelehrbar. Jedes vernünftige Gegenargument gegen den Irrsinn ihrer Politik stimmen die Sozialdemokraten rücksichtslos nieder.

Tröstlich ist allerdings, daß diese Landesregierung Gott sei Dank auch unfähig ist, ihre großen, weltumfassenden Ankündigungen zu realisieren. Sie ist sogar nicht einmal dazu fähig, das notwendige Personal, das sie sich im Haushalt 1987 genehmigt hat, einzustellen.

- (B) Das Ergebnis ihrer Politik ist also: Standortfrage der Institute - Fehlanzeige; Leistung - Fehlanzeige; gemeinsame Verwaltung mit Kulturwissenschaftlichem Institut - Fehlanzeige. Das ist also das von Ministerpräsident Rau so groß angekündigte Wissenschaftszentrum auf zwei Säulen, wie der Abgeordnete Kuschke von der SPD am 18. März 1987 feststellte. Im Haushalt 1987 waren zur Inbetriebnahme der Institute 1,3 Millionen DM vorgesehen. Für den Haushalt 1988 gehe man - so Staatssekretär Nelles - von 2,8 Millionen DM aus. Das Ergebnis der Regierungspolitik sieht dann also so aus: Verdoppelung der fiktiven Kosten bei Steigerung der Leistung von Null auf Null.

Über die Standortfrage für beide Institute berät das Kabinett seit fast drei Jahren. Dazu sagte Staatssekretär Nelles, es gebe noch ungelöste Fragen; wenn die Fragen nicht oder schlecht gelöst würden, würde man deshalb aber sicherlich nicht zurückgeworfen. So sibyllinisch umschreibt die Landesregierung ihr eigenes Versagen.

Meine Damen und Herren, als wir vor einigen Tagen in der Stellenplankommission die Frage nach der personellen Besetzung der Institute

stellten, erklärte die Regierung, die Stellen seien noch nicht besetzt. Außerdem gebe es jetzt eine neue Konzeption. Die Zusammenlegung der Institute - so wie die Regierung es verkündet habe - sei zweifelhaft geworden. Dazu sei auch die Grundstücksfrage noch ungeklärt. Aber - und das ist wieder eine der grotesken Erscheinungen dieser Regierung - die Regierung wollte außer den Stellen, die alle noch gar nicht besetzt sind, zwei weitere Stellen für das Jahr 1988 beantragen. (C)

Soweit dieser Akt des Trauerspiels der Regierung Rau: Alle wollen etwas, viele etwas anderes; alle reden, proklamieren, verkünden. Und das Fazit dieses Aktes: Nichtwissen fördert die freie Rede ungemein.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Kollege Trinius lobte in der zweiten Lesung des Haushalts am 15. Dezember im Plenum die bisherige erfolgreiche Forschungsarbeit an den technologischen Zentren der Hochschulen unseres Landes.

(Trinius (SPD): Aachen!)

- Vor allen Dingen in Aachen, Herr Kollege Trinius. Ich stimme in der Bewertung dieser Situation vollkommen mit Ihnen überein.

Ich hielte es für gut, wenn Sie Herrn Minister Heinemann in Ihrer Fraktion klarmachen könnten, daß er aus solchen Erkenntnissen und Entwicklungen endlich die Konsequenzen ziehen müßte und das ohnehin nicht vorhandene Institut nun endlich ad acta legen könnte, damit man zu vernünftigem weiteren Arbeiten in den Forschungsinstituten kommen kann. (D)

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Nun, wenn schon diese Regierung im eigenen Lande außerstande ist, die richtigen Entscheidungen zu treffen, dann ist es verständlich, daß sie sich ab und zu auf Reisen begibt. Jens Feddersen schrieb dazu am 23. November unter der Überschrift "Wenn Rau reist" - ich zitiere -:

Johannes Rau kennt sich aus in der großen, weiten Welt der vielen Gegensätze und der großen Chancen. Ob Washington oder Moskau, Peking und Paris, Rio oder Tel Aviv, er hat keinen Nachholbedarf.

Doch nun fuhr der Ministerpräsident nach Indien. Aus einer großen Zahl von Veröffentlichungen konnten wir entnehmen, daß diese Reise wohl ein Flop war. Ich möchte eigentlich davon ausgehen, daß der Ministerpräsident

(Dorn (F.D.P.))

- (A) inzwischen selbst erkannt hat, daß man schon mehr wissen und mehr tun muß, wenn eine solche Reise erfolgreich sein soll. Deshalb möchte ich es Ihnen und mir ersparen, die Presseartikel hier zu zitieren. Vielleicht, Herr Dr. Rau, trösten Sie sich mit meinem Fazit: Nicht jeder, der nach Indien fährt, entdeckt Amerika.

(Zustimmung bei der F.D.P. und des Abg. Schröder (CDU))

Zur Frage der Finanz- und Steuerpolitik möchte ich an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, daß die F.D.P.-Landtagsfraktion schon in den vergangenen Jahren eine Vielzahl sinnvoller Anträge in diesem Hause gestellt hat. Ich erinnere an das Entschuldungsgesetz, an das Gesetz zum Abbau der Neuverschuldung, an unseren Antrag zur Kurskorrektur für Nordrhein-Westfalen und an das Finanzierungskonzept Zukunftssicherung Nordrhein-Westfalen.

(Schleußer (SPD): Papiere, Herr Dorn, Papiere!)

- Papiere natürlich, Herr Kollege Schleußer! Alles, was man in diesem Hause vorlegt, ist auf Papier geschrieben. Ohne Papier würden wir sicher manches nicht verständlich miteinander abklären können. Nur: Was auf diesen Papieren stand, war eine Konzeption, die eine vernünftige wirtschafts- und finanzpolitische Zukunft für dieses Land ermöglichen sollte.

(B)

(Zustimmung bei der F.D.P. - Schleußer (SPD): Es war das Papier nicht wert!)

Ihre eigenen Parteifreunde, Herr Schleußer - ich werde gleich noch darauf zu sprechen kommen -, beweisen in eindrucksvoller Weise durch ihre Erklärungen die Richtigkeit dessen, was wir auf diesen Papieren gefordert haben.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Sie haben alle unsere Vorschläge abgelehnt. Nur der Finanzminister hat inzwischen in einem Gesetz für die Landesregierung wichtige Vorschläge aus unseren Papieren, wie Sie es ausdrücken, übernommen, weil er sie, schon als wir sie einreichten, für sehr vernünftig gehalten hat; das hat er mehrfach im Ausschuß und auch in diesem Parlament bestätigt.

Doch statt vom drohenden Ruin unseres Landes zu sprechen, Herr Finanzminister, hätten Sie besser Ihre Genossen davon überzeugen sollen, die unverantwortliche Schuldenpolitik zu beenden.

An dieser Stelle will ich noch einmal ein Wort zu den stil- und sinnlosen Angriffen der SPD gegen die Steuerreform sagen.

(C)

(Zustimmung bei der CDU)

Pausenlos erklären Sie überall, die schlechte Lage der Landes- und Gemeindefinanzen komme durch die Steuerreform der Bundesregierung. Sie wissen ganz genau, daß dies wahrheitswidrige Behauptungen sind.

(Erneut Zustimmung bei der CDU)

Seitdem die Steuerreform 1986/88 Wirklichkeit wurde, sind die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand gestiegen. Als Kronzeugen benenne ich auch hier Herrn Finanzminister Posser, der uns mitteilte, daß die Steuereinnahmen auch im Oktober dieses Jahres um 20 % höher waren als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Sie sollten endlich den Mut aufbringen, zur Wahrheit zurückzukehren.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte aber genauso unmißverständlich die Landesregierung in ihrer Argumentation unterstützen, wenn sie auch nach unserer Meinung recht hat. Dabei geht es um die Probleme des Länderfinanzausgleichs, der Bundesergänzungszuweisungen und des Nachteilsausgleichs. Der Bundesrat hatte am 10. Juli 1987 ein einstimmiges Votum mit einer eindeutigen Unterstützungsabsicht auch für Nordrhein-Westfalen abgegeben. Nach den Parlamentsferien gab es dann eine neue politisch motivierte Entscheidung. Um eine Mehrheit für die Steuerreform der Bundesregierung im Bundesrat sicherzustellen, wurden entscheidende Positionen eindeutig zu Lasten von Nordrhein-Westfalen geändert

(D)

(Zustimmung des Abg. Schleußer (SPD))

und andere, CDU-geführte Landesregierungen zusätzlich finanziell unterstützt. Wir haben das schon in der ersten Sitzung, nachdem uns dieses Ergebnis bekannt wurde, genauso bedauert und genauso als nicht hinnehmbar bezeichnet wie Sie selbst, Herr Finanzminister.

(Erneut Zustimmung des Abg. Schleußer (SPD))

Was ist nun in Anbetracht einer solchen Entwicklung jetzt notwendig? - Die Landesregierung prüft eine erneute Klage beim Bundesverfassungsgericht. Das wäre ein denkbarer Weg, aber aus Erfahrung wissen wir auch, daß mehrere Jahre vergehen wer-

(Dorn (F.D.P.))

- (A) den, bis dort eine Entscheidung rechtskräftig wird. Wir meinen, Herr Ministerpräsident, die Landesregierung sollte die Bereitschaft der anderen Bundesländer vom 10. Juli und auch die Grundsatzerklärung der Bundesregierung zum Anlaß nehmen, eigene Projektplanungen für Investitionen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze vorzulegen, und hierfür finanzielle Unterstützung verlangen. Dies kann dann aber nicht nur für ZIM gelten; das lassen Sie mich genauso offen sagen. Die Landesregierung wäre besser beraten, im Landtag eine breite Mehrheit für solche Projekte zu suchen, damit auch wir als landespolitische Opposition überzeugt werden und dann unsere Verbindungen in Bonn in die Finanzverhandlungen einbringen können.

Bereits bei der ersten Lesung des Haushalts 1988 habe ich mich mit dem Programm Zukunftsinitiative Montanregionen auseinandergesetzt. Die Landesregierung will das Programm über vier Jahre mit einer Summe von 2 Milliarden DM finanzieren und verlangt vom Bund, daß er davon zwei Drittel der Kosten übernimmt, ohne daß uns die Landesregierung bisher konkrete Pläne über Zukunftsinvestitionen vorlegt, mit denen neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen.

Der Wirtschaftsminister teilte uns nun mit, daß über 900 verschiedene Anforderungen vorliegen. Mit diesem Sammelsurium kann aber kein verantwortungsbewußter Mensch etwas anfangen. Die Regierung soll endlich ihre Schulaufgaben machen, eine Reihe von realisierbaren Projekten aussuchen und dann gemeinsam mit dem Parlament nach Wegen suchen, wie wir dafür die erforderlichen Mittel beim Bund anfordern.

(Beifall bei der F.D.P. - Westermann (SPD): Das haben wir doch schon gemacht! Die Rede ist aber schon alt!)

- Nein, die Rede ist nicht alt. Sie müssen nur etwas Zeit aufbringen; ich trage hier nämlich nacheinander unsere Argumente zu dem vor, was die Regierung uns hier erklärt hat.

Wir Freien Demokraten haben bereits im vorigen Jahr durch unseren Fraktionsvorsitzenden Dr. Rohde der Landesregierung unsere Hilfe angeboten, wenn es darum geht, beim Bund Unterstützung für nordrhein-westfälische Interessen zu erhalten. Dabei geht es aber nicht nur um Projekte im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben oder um Art. 104 a des Grundgesetzes, sondern auch um andere Möglichkeiten von anerkannten Projektfinanzierungen. Es ist ja wohl keine eigenverantwortliche Zukunftsplanung, wenn

inhaltslose Programmankündigungen gemacht werden und die Programme dann auch noch von anderen finanziert werden sollen. Der Finanzminister hat behauptet, daß der Bund, wenn er nicht bereits 1988 auf die SPD-Forderungen eingehe, eine Auszehrung der regionalen Wirtschaftskraft bewußt in Kauf nehme. Herr Finanzminister, bei aller Wertschätzung: Das ist ja doch wohl der Gipfel parteipolitischer Verdrängungskünste. So sollten Regierungen, die Verantwortung für alle tragen, nicht miteinander umgehen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Es gibt eine hochinteressante neue Entwicklung. Herr Kollege, damit komme ich auf Ihre Bemerkung zurück; in meiner Rede wäre ich auf diese Entwicklung allerdings ohnehin eingegangen. Diese Entwicklung macht auf eine eindeutige Weise klar, wie konzeptionslos die Regierung Rau auch in dieser Frage ist. Obwohl alle wissen, daß Nordrhein-Westfalen hoffnungslos verschuldet ist und keine weitere Kredite mehr aufnehmen darf, verkündet Wirtschaftsminister Jochimsen den staunenden Abgeordneten, notfalls werde das Land die ganzen zwei Milliarden DM für das ZIM-Programm allein und ohne Bundeshilfe finanzieren. Finanzminister Posser, auf diese Äußerung angesprochen, erklärt, dieser Vorschlag sei mit ihm nicht abgestimmt; das Kabinett habe einen solchen Beschluß nicht gefaßt; er würde sich dagegen ganz energisch zur Wehr setzen, weil die finanziellen Mittel dafür im Jahre 1988 nicht zur Verfügung stehen könnten. - Wir sind mit ihm in dieser Frage völlig d'accord. Meine Damen und Herren, das Ganze ist - einmal abgesehen von dem Streit in der Landesregierung - an Absurdität wohl kaum noch zu überbieten. Da wir aber alle nicht wissen, welcher Minister die Meinung der Regierung vertritt, habe ich eine Frage an den Ministerpräsidenten, der schon bei der ersten Lesung nicht hier war und es deshalb vielleicht auch nicht für sinnvoll hält, bei der dritten Lesung hierzusein.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Dr. Rau, haben Sie eigentlich eine Vorstellung, wie es nun weitergehen soll? Ist die Erklärung Ihres Wirtschaftsministers so zu verstehen, daß er ganz gut auf die Mittel des Bundes verzichten kann? Ist seine Ankündigung vielleicht sogar ein verstecktes Angebot an den Bund?

(Trinius (SPD): Nein!)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Wie ist die Erklärung von Professor Jochimsen zu verstehen, daß er bereit sei, sich notfalls über die verfassungsrechtlichen Bestimmungen hinwegzusetzen? Will er seinen auf die Verfassung geleisteten Eid vorsätzlich brechen? Oder ist das alles nur dummes Geschwätz?

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Nun hat der Wirtschaftsminister in der Plenarsitzung am 15. Dezember durchblicken lassen, daß er zwar auf Geldleistungen des Bundes bestehe, daß er aber nicht bereit sei, unser Parlament in die Vorbereitung der Projektauswahl einzubeziehen. Da ja aber auch die Erfahrung gezeigt hat, daß ein erfolgreicher Abschluß der Kohlerunde nur möglich war, weil die nordrhein-westfälischen Abgeordneten der Opposition durch ihre aktive Beteiligung an der Beratung mit Vertretern der Bundesregierung ihren Einfluß geltend gemacht haben, sollte der Wirtschaftsminister endlich lernen, daß er nicht in ständiger Konfrontation mit dem Bund die notwendigen Mittel für die Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen bekommen kann.

Frau Präsidentin, ich wäre Ihnen dankbar, wenn das Aufleuchten der Signallampe hier am Pult beendet werden könnte, denn meine Redezeit kann noch nicht abgelaufen sein.

Frau Vizepräsident Friebe: 25 Minuten sind um.

(B)

(Zuruf von der SPD: Sie haben so langsam gesprochen!)

Herr Kollege, Sie haben mit Ihrer Rede um 11.46 Uhr begonnen. Es war eine Redezeit von 25 Minuten vereinbart. Danach wäre Ihre Redezeit jetzt zu Ende. Vielleicht können Sie doch zum Schluß kommen.

Dorn<sup>\*)</sup> (F.D.P.): Ich will meine Rede dann erheblich kürzen.

Nach alledem, was wir nun in den letzten Wochen und Monaten erlebt haben - der Finanzminister hat ja auch im Haushalts- und Finanzausschuß des Landtages erklärt, wie er sich für den Zeitraum seiner Tätigkeit die Dinge in Zukunft vorstellt -, kann ich nur sagen: So schlingert das Boot der Landesregierung durch die unruhigen Wogen der Politik, und zwar ohne Steuermann, weil der Ministerpräsident selten da ist. Jeder Leichtmatrose im Kabinetsrang versucht, eigene Segelfetzen am Großmast zu setzen, begreift aber nicht, daß dadurch niemals in guter Fahrt eine sicherer Hafen erreicht werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen alle in besonderer Weise darauf achten, daß unser Land in seiner Bedeutung jetzt nicht durch falsche Entscheidungen, aber auch nicht durch gefährliche Formulierungen zerredet wird. Herr Ministerpräsident, Sie sollten Ihrem Innenminister Dr. Schnoor klarmachen, daß sein dummes Gerede im Plenum in dieser Woche, die Bundesregierung betreibe eine Verelendungsstrategie gegenüber Nordrhein-Westfalen, von uns nicht länger hingenommen wird.

(C)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir haben - im Gegensatz zum Ministerpräsidenten - die Ergebnisse der Untersuchungen der Westdeutschen Landesbank und der Universität Bochum, die im Auftrage des KVR durchgeführt wurde, zur Kenntnis genommen. Der Ministerpräsident war vor der Sommerpause nicht in der Lage, unsere Forderung, Kurskorrekturen vorzunehmen, zu erfüllen. Er kündigte für den Herbst wirtschaftspolitische Kurskorrekturen an.

(Dr. Linssen (CDU): Wo sind sie denn?)

Im Herbst erklärte er, er wolle die Einzelheiten im nächsten Jahr vortragen.

(Schauerte (CDU): So schiebt er alle Probleme vor sich her!)

Herr Ministerpräsident, es mag ja sein, daß Sie nicht in der Lage sind zu beurteilen, was notwendig ist. Um so wichtiger wäre es dann aber, vielleicht einmal auf das zu hören, was Ihr Parteifreund Jens Feddersen dazu gesagt hat. Jens Feddersen schrieb:

(D)

Die Zukunftsfähigkeit Nordrhein-Westfalens verlangt in allererster Linie wirtschaftliche Dynamik, private Initiativen, vielfältige Kreativität und politische Rahmenbedingungen, die das Geld und die Menschen locken.

(Schauerte (CDU): Recht hat der Mann!)

Nicht gegen Bonn und nicht gegen die restlichen Bundesländer kann in Nordrhein-Westfalen Politik gemacht werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das Land braucht jede Menge Freunde und Verbündete. Schuldzuweisungen bringen nichts. Unser Land braucht Zuversicht statt keimfreier Ideologie.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)



(Dorn (F.D.P.))

- (A) Aber genau das bietet die SPD gegenwärtig; sie nörgelt an allem und jedem, spricht mehr von Ausstieg als von Zukunft. Sie hat kein schlüssiges Rezept für eine wirkliche Zukunftssicherung Nordrhein-Westfalens.

(Lebhafte Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Genau das, meine Damen und Herren von der SPD, was wir Ihnen ständig vortragen, bestätigt Ihnen Ihr eigener Parteigenosse. Für die Menschen in unserem Lande, meine Damen und Herren, ist es lebensnotwendig, daß die Landesregierung endlich begreift, daß die notwendigen Kurskorrekturen eingeleitet werden.

Aber eines ist genauso wichtig: Unser Land darf nicht durch unverantwortliches Gerede in eine wirtschaftliche Slum- oder Gettosituation hineingeredet werden.

(Zustimmung des Abg. Henning (SPD)  
- Hentschel (SPD): Das sagen Sie mal dem Bangemann!)

Ich sage in aller Deutlichkeit: Das dumme und unverantwortliche Geschwätz von Spitzenfunktionären des DGB in der vorigen und in dieser Woche, aber auch von manchen Politikern über den "Flächenbrand an der Ruhr" muß sofort aufhören.

- (B) (Zustimmung bei der F.D.P.)

Die Menschen in unserem Lande haben es nicht verdient, daß ihre Region mit verbaler Hoffnungslosigkeit überzogen wird.

(Lebhafte Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Wir brauchen die Hilfe der anderen, wir brauchen die Hilfe der Investoren!

(Zuruf des Abg. Hentschel (SPD))

Herr Ministerpräsident, vertrauen Sie dem Können, der Bereitschaft und dem Engagement der Menschen in unserem Lande, und haben Sie endlich den Mut, dringend notwendige politische Entscheidungen zu treffen. Dieses Land braucht Entscheidungen und Mut der Politiker für eine vernünftige Zukunft.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der F.D.P. - Lebhafter Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Vielen Dank. Für die Landesregierung spricht jetzt der Herr Finanzminister. Herr Kollege Dr. Posser, ich erteile Ihnen das Wort.

Dr. Posser, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die unbestritten schwierige finanzielle Situation unseres Landes hat bei den Haushaltsberatungen eine beherrschende Rolle gespielt. Seit 1979 hat sich die Finanzsituation dramatisch verschlechtert. Welche Gründe gibt es für diese außerordentlich ungünstige Entwicklung?

(C)

(Paus (CDU): Bonn!)

Spaßvögel könnten meinen, dies beruhe darauf, daß im Februar 1978 Posser Finanzminister und im September 1978 Johannes Rau Ministerpräsident geworden sei.

(Paus (CDU): Nein, natürlich nicht!  
- Weitere Zurufe von der CDU)

- Ich freue mich, daß doch nicht so viele Spaßvögel in Ihrer Fraktion sind.

(Beifall bei der SPD)

In Wahrheit ist die Erklärung nach kurzem Nachdenken leicht zu finden. Es ist die Scherenentwicklung zwischen stark sinkenden Einnahmen und hohen Sonderlasten bei den Ausgaben. Bis 1978 und 1980 war Nordrhein-Westfalen 30 Jahre lang ein Geberland im Länderfinanzausgleich und konnte sich in den 70er Jahren als einziges Bundesland sogar in zwei Jahren entschulden.

Noch 1978 hatte Nordrhein-Westfalen wie Bayern mit 2,5 % die niedrigste Zinslastquote der Länderhaushalte. Die Investitionsquote war noch in den Jahren 1978 bis 1981 nach Bayern die zweithöchste aller Länderhaushalte.

(D)

Die Steuermehreinnahmen stiegen in dem 10-Jahres-Zeitraum von 1970 bis 1979 in sechs Jahren in zweistelliger Prozenzhöhe. Von 1980 bis 1987 dagegen lag die Steigerung nur in einem einzigen Jahr, nämlich 1986 durch eine Sonderentwicklung, über 5 %.

(Schauerte (CDU): Aber das konnte doch nicht so weitergehen!)

Die Ausgaben stiegen dagegen 1979 um 8,1 % und 1980 um 11 %. Für dieses Ansteigen gibt es zwei Gründe: erstens aufgrund einer internationalen Vereinbarung. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Bonn übernahm die Bundesrepublik Deutschland eine Art Lokomotivfunktion, wie man das damals nannte, und stellte 1 % des Bruttosozialprodukts für ein Programm für Zukunftsinvestitionen bereit. - Herr Dorn, Sie nicken mir zu; Sie haben es damals miterlebt in der Koalition, die wir ja bis 1980 hatten. Da stieg bewußt das Ausga-

(Minister Dr. Posser)

- (A) bevolumen an, weil man aufgrund internationaler Vereinbarung diese Leistung erbringen wollte.

(Schauerte (CDU): Und die Schulden müssen Sie heute bezahlen!)

Der zweite Grund war: Während die Aufwendungen für den deutschen Steinkohlenbergbau aus der Landeskasse in den Jahren 1966 bis 1977 noch bei rund 375 Millionen DM jährlich lagen, sind sie in den Jahren 1978 bis 1987 auf jahresdurchschnittlich rund 1,1 Milliarden DM gestiegen - mit seit 1987 stark wachsender Tendenz. Bei diesen Leistungen handelt es sich fast ausschließlich um konsumtive Ausgaben, da sie nicht investiven Zwecken dienen.

Die geschilderte Scherenentwicklung war ursächlich für die zunehmende Verschlechterung unserer finanziellen Lage und nicht etwa, wie ich nachweisen werde, eine von einigen hier vermutete Euphorie bei den Ausgaben.

Die Landesregierung und die sie stützende Fraktion verhielten sich dieser Entwicklung gegenüber keineswegs "hilf- und ratlos, fantasie- und mutlos", wie Herr Dr. Rohde meint. Nach intensiven Beratungen begannen wir ab 1981 mit Konsolidierungsschritten, deren Ziel es war, uns durch Ausgabekürzungen dem Durchschnitt der Flächenländer anzunähern und schrittweise eine Verringerung der jährlichen Nettokreditaufnahme zu erreichen. Dies ist auch in einem stärkeren Maße als in den übrigen Bundesländern - stärker sogar als beim Bund - gelungen. Von der höchsten Nettokreditaufnahme des Jahrs 1981 von 10,1 Milliarden DM sind wir in Stufen bis 1986 auf 6,3 Milliarden DM heruntergefahren.

(B)

Zu diesen Konsolidierungsmaßnahmen gehörten zunächst eigene Anstrengungen:

Erstens: Begrenzung der jahresdurchschnittlichen Ausgabeerhöhungen entsprechend der Vorgabe des Finanzplanungsrates, die Ausgaben nicht über 3 % zu steigern. Von 1981 bis 1986, also in den letzten sechs Jahren, erzielte Nordrhein-Westfalen mit jahresdurchschnittlich 2,4 % Ausgabesteigerung das beste Ergebnis aller Flächenländer. In den ersten drei Quartalen dieses Jahres 1987 konnten wir diesen ersten Platz halten. Dabei muß berücksichtigt werden, daß in diesen geringen Steigerungsraten die gewaltigen Kohlelasten enthalten sind.

(Trinius (SPD): So ist das.)

Das müßte doch alle stutzig machen, daß trotz einer so ungeheuren Leistung des Landes dennoch die Nettokreditaufnahme - zunächst jedenfalls - in einer von uns ja selber nicht gewünschten Höhe verharrte und die Schulden angestiegen sind! Drängt sich nicht die Überlegung auf, daß die Aufgabenzuweisung an das Land mit der Zuweisung von Finanzen nicht übereinstimmt und immer weiter auseinanderklafft?

(C)

Zur Ausgabenbegrenzung gehörte auch ein kontinuierlicher Abbau der Verpflichtungsermächtigungen, um Vorbelastungen künftiger Landeshaushalte zu vermeiden.

Zweitens: Durch zwei Haushaltsfinanzierungsgesetze - 1981 und 1982 - haben wir in Leistungsgesetze eingreifen müssen, was uns schwergefallen ist, weil wir sie aus Überzeugung gewünscht hatten. Darauf bezieht sich meine Bemerkung, wir hätten auch manches, was wir aus Überzeugung geleistet hätten, zurücknehmen müssen. Ich nenne unter anderem das Schulfinanzgesetz, das Lernmittelfreiheitsgesetz, das Weiterbildungsgesetz, das Sonderurlaubsgesetz und das Kindergartengesetz.

Drittens: Wir haben Eingriffe in den Personalhaushalt durch Stellenabbau, Stellenbesetzungssperre, Einschränkungen bei der Beihilfe, Wegfall der Kantinenzuschüsse und Abbau der Ministerialzulage um 20 % vorgenommen. In der zweiten Lesung ist hier gerügt worden, daß wir die Stellenbesetzungssperre hätten. Ich weiß nicht, ob Ihnen entgangen ist, daß der Deutsche Bundestag für den Haushalt 1988 eine Stellenbesetzungssperre für sechs Monate erstmalig eingeführt hat. Das kann also so falsch nicht gewesen sein, was wir getan haben. Und wir haben es ja nicht aus Freude getan, den öffentlichen Dienst in unserem Land, der seine Pflicht tut, zu ärgern, sondern weil wir gar keine andere Möglichkeit sahen, die Personalkosten nicht zu stark ansteigen zu lassen.

(D)

Herr Kollege Schauerte hat erwähnt, die Personalkosten seien um knapp 700 Millionen DM im Jahr angestiegen. Richtig! Bloß: Darin ist nicht etwa eine Personalvermehrung - zum Personal werde ich gleich noch einiges sagen -, sondern bei Personalkosten von 24 Milliarden DM sind Sie schon bei einer Tarifierhöhung von über 3 % bei diesem Steigerungsbetrag. Ein übermäßiger oder gar vorwerfbarer Ausbau des Personals ist in den hier entscheidenden Jahren also nicht vorgenommen worden. Dazu werde ich Ihnen noch genaue Angaben im einzelnen machen.

(Minister Dr. Posser)

- (A) Viertens: Wir haben den Verbundsatz im Steuerverbund seit 1982 in drei Schritten von 28,5 % auf 23,0 % senken müssen. Auch das ist uns schwergefallen, weil wir sehr wohl wissen, daß der Bürger die Qualität des Lebens vor allen Dingen da erfährt, wo er lebt und arbeitet, wo der Mittelpunkt seines Lebens ist: in den Gemeinden. Aber ich muß deutlich der Behauptung widersprechen, das Land habe den Gemeinden Milliarden weggenommen, es habe in die Kassen der Gemeinden gegriffen. Das Land hat sich nicht an fremden Mitteln, an den Finanzmitteln der Gemeinden und Gemeindeverbände vergriffen. Es gibt den Gemeinden und Gemeindeverbänden von seinen eigenen Mitteln nur weniger, als es früher, in finanziell besseren Zeiten, möglich war. Das ist ein substanzieller Unterschied.

(Zustimmung bei der SPD)

Es tut uns leid, daß wir nicht anders können. Aber unsere Landesverfassung sagt ja in Artikel 79, daß sich der Maßstab für das Volumen, für den Umfang der finanziellen Leistungen des Landes an die Gemeinden an der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes bemißt. Es steht dort nicht: "nach dem Bedarf der Gemeinden und Gemeindeverbände".

- (B) Der Irrtum ist nach meinem Empfinden dadurch entstanden, daß man angenommen hat, daß die Landesleistung im Steuerverbund eine originäre, eine ursprüngliche Steuereinnahme sei, sozusagen ein dritter Fuß neben den Kommunalsteuern wie der Gewerbesteuer und der Grundsteuer A und B und dem Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer. Das ist nicht richtig. Die originären Einnahmequellen der Gemeinde sind ihr Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer von 15 % und die Kommunalsteuern. Was im Steuerverbund geleistet wird, ist nicht eine Steuereinnahme im technischen Sinne, sondern ein Finanzausgleich. Deshalb bekommen ja einige Städte wie Düsseldorf und Leverkusen überhaupt keine allgemeinen Finanzausweisungen vom Land, weil sie selber relativ finanzstark sind, und andere, etwa Duisburg und Dortmund, bekommen Jahr für Jahr weit über 300 Millionen DM an allgemeinen Finanzausweisungen zur freien Verfügung der Räte.

Auch der Vergleich zwischen 1981 und 1987 oder 1988, der hier immer wieder gewählt wird, ist unseriös. Denn in den Zahlungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände während der Jahre 1980, 1981 und 1982 steckt der Spitzenausgleich für die gegen unseren heftigen Widerstand abgeschaffte Lohnsummensteuer in Nordrhein-

Westfalen, und damals wurden vom Bund nach heftigen Kämpfen 523 Millionen DM drei Jahre lang gezahlt. Wer also die Gesamtsumme des Jahres 1981 oder 1980 und 1982 in Beziehung setzt zu den Leistungen des Landes im Steuerverbund in den Jahren 1987/88, übersieht, daß damals 523 Millionen DM jedes Jahr, drei Jahre hintereinander gezahlt wurden, die überhaupt nichts mit Steuerverbund im eigentlichen Sinne zu tun hatten.

Die Zahlen der Verschuldungsentwicklung, Kreditfinanzierungsquoten und Zinslastquoten zeigen eindeutig, daß die Zahlen beim Land ungünstiger als bei den Gemeinden sind. Man darf nicht vergessen, daß keine Gemeinde und kein Gemeindeverband eine solche Sonderlast über Jahrzehnte zu tragen hat wie nun das Land. Wir haben gerade Sonderlasten, die einzelne Gemeinden zu tragen haben, durch den Steuerverbund ausgeglichen und warten immer noch darauf, daß das im bundesstaatlichen Finanzausgleich in vergleichbarer Weise geschieht.

Wir haben fünftens eine stufenweise Zurückführung des Landeszuschusses an die Wohnungsbauförderungsanstalt von immerhin 1 472 Millionen DM im Jahre 1980 auf 205 Millionen DM im Jahre 1986 vorgenommen.

Wir haben sechstens das wohnungspolitische Begleitprogramm, wie Härteausgleich, Nachsubventionierung und Wohneigentumssicherungshilfe, aus dem Landeshaushalt auf die Wohnungsbauförderungsanstalt übertragen.

Wir haben schließlich eine Klage beim Bundesverfassungsgericht erhoben, die der Verbesserung unserer Finanzsituation dienen sollte. Sie ist 1983 gegen die damaligen Regelungen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs eingereicht worden.

Nun ist nicht nur die Tatsache der Klage, sondern auch ihr Sinn von Sprechern der Opposition in Frage gestellt worden. Ich glaube zu Unrecht. Ich will Ihnen die Gründe nennen, warum wir geklagt haben:

Erstens ging es uns darum, daß die Förderzinseinnahmen vor allen Dingen beim Land Niedersachsen in die Finanzkraft eingerechnet wurden. Das waren schließlich zum Zeitpunkt der Klageerhebung über 2 Milliarden DM jährlich, denen keine Aufgabe gegenüberstand wie in anderen Landeshaushalten. 2 Milliarden DM zusätzliche nichtsteuerliche Einnahmen in Niedersachsen entsprechen rund 5 Milliarden DM an nichtsteuerlichen Zusatzeinnahmen im Jahr für Nordrhein-Westfalen - das muß man einmal umrechnen.

(C)

(D)

(Minister Dr. Posser)

- (A) Wir wollten erreichen, daß alle Bundesländer ähnliche Anforderungen bei den Ausgaben und ähnliche, vergleichbare Verhältnisse bei den Einnahmen haben. Niedersachsen hat sich im Überschwang dieser in der Größenordnung doch nicht erwarteten Mehreinnahme über den Wolken schwebend gefühlt, kannte nicht mehr die Lage der anderen Länder. In dem kritischen Zeitraum von 1981 bis 1986 sind weit über 10 Milliarden DM Förderzinseinnahme in die niedersächsische Landeskasse geflossen. Darum ging es; das hatte nichts mit irgendeiner Abneigung gegen Niedersachsen zu tun. Unsere Beziehungen zu der Regierung in Niedersachsen sind gut, und wir kommen immer mehr zu gemeinsamen Überlegungen.

(Schauerte (CDU): Jetzt sind Sie beide gleich arm!)

- Ja, genau. Jetzt sieht auch Niedersachsen, wohin es führt, wenn plötzlich man mit einer "normalen" Finanzausstattung auskommen muß. Insofern ist das ein wichtiger Schritt und ein wichtiger Prozeß gewesen.

Man darf auch nicht übersehen, daß uns diese Förderzinseinnahme in Niedersachsen über die Konstruktion der Deckungsquotenberechnung - diese habe ich wiederholt im Haushalts- und Finanzausschuß dargelegt - in Nordrhein-Westfalen jedes Jahr 300 Millionen DM weniger Umsatzsteueranteil brachte. Wir bekamen 300 Millionen DM weniger Umsatzsteuer, weil Niedersachsen gut 2 Milliarden DM Förderzinseinnahme hatte.

(B)

Der zweite Grund für die Klage war: Wir wollten die Willkür bei der Verteilung der Bundesergänzungszuweisungen nach festen Quoten verhindern. Auch das ist gelungen. Ich will Ihnen das an einem Beispiel verdeutlichen: Nordrhein-Westfalen hatte erstmals 1985 einen Anspruch auf Mittel aus dem Länderfinanzausgleich in Höhe von knapp 91 Millionen DM, erhielt dafür 0 DM Bundesergänzungszuweisungen. Bayern hatte im Länderfinanzausgleich 1985/86 einen Anspruch in Höhe von knapp 76 Millionen DM. Wir bekamen für 91 Millionen DM nichts, Bayern bekam 632,7 Millionen DM Bundesergänzungszuweisungen, weil es eine feste Quotenzuweisung war, ein "closed shop", da kam kein anderer herein. Das ist zukünftig dank des Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht nicht mehr möglich.

Aber auch die Neuregelung hat ihre großen Mängel. Der Nachteilsausgleich, den das höchste Gericht uns ohne Quantifizierung zugesprochen hat, ist auf 75 Millionen DM begrenzt worden. Für 91 Millionen DM gibt es dann 75 Millionen DM. Ich habe im Gegensatz

dazu gerade die bayerischen Zahlen genannt. (C) Die Bundesergänzungszuweisungen für 1987 sind nach fiktiven Zahlen errechnet worden, die uns benachteiligen - dazu hat mein Freund Reinhold Trinius hier eingehende Ausführungen gemacht -, und es ist ein abgestufter Fehlbetragmaßstab erstellt worden, der uns ebenfalls erhebliche Mittel vorenthält.

Herr Bundesminister Blüm hat in der vergangenen Woche der "Welt am Sonntag" ein Interview gegeben, auf das sich auch Herr Dr. Pohl hier noch einmal bezogen hat, und meinte, die Landesregierung jammere um angeblich entgangene 100 Millionen DM.

(Dr. Pohl (CDU): Herr Blüm hat Fakten genannt!)

- Ja, ich kann dazu auch einiges sagen. Warten Sie einmal, Herr Dr. Pohl!

Ich glaube, das ist nicht richtig. Es sind nicht 100 Millionen DM; denn allein die drei Positionen, die wir hier eben gehört haben - Nachteilsausgleich, abgestufter Fehlbetragsmaßstab und BEZ nach fiktiven Zahlen -, machen einen Nachteil für Nordrhein-Westfalen von 769 Millionen und nicht 100 Millionen DM aus. Und die Benachteiligung bei der Kohle ist überhaupt nicht berücksichtigt. Nirgendwo wird angerechnet, daß Nordrhein-Westfalen bis 1987 15,327 Milliarden DM für die Kohle ausgegeben hat und 1988 noch einmal 1,5 Milliarden DM ausgegeben wird, wobei es bei der Abwertung des Dollar unter Umständen mehr werden könnte. (D)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dautzenberg?

(Minister Dr. Posser: Bitte sehr!)

- Bitte, Herr Kollege!

Dautzenberg (CDU): Herr Minister Posser, würden Sie dem Hohen Hause auch darlegen, wie hoch im Länderfinanzausgleich und bei den Bundesergänzungszuweisungen der Unterschiedsbetrag zwischen dem Regierungsentwurf des Herrn Stoltenberg und dem ist, was im Ergebnis bei der Beschlußlage des Bundestages dabei herausgekommen ist? Denn Sie haben damals ja hier auch den Entwurf des Finanzministers sehr stark kritisiert.

Dr. Posser, Finanzminister: Herr Kollege Dautzenberg! Nach dem Beschluß des Bundesrates vom 10. Juli dieses Jahres hat der Bundesfinanzminister auf Drängen einiger unionsregierter Länder das getan, was zu tun

(Minister Dr. Posser)

- (A) er sich vorher ständig geweigert hatte, nämlich - erstens - von einer Plafondierung der Bundesergänzungszuweisungen abzusehen und - zweitens - das Volumen der Bundesergänzungszuweisungen bis 1993 von 1,5 auf 2 % aufzustocken. Daraus erklärt sich natürlich die vergrößerte Masse, die zur Verteilung stand.

Die Notwendigkeit unserer Entlastung bei der Sonderlast Kohle - und es kommt ja sogar noch der Stahl dazu - wird jetzt von niemandem mehr bestritten, nachdem auch der Bundesrat ohne Gegenstimme am 10. Juli 1987 den Bund aufgefordert hat, Nordrhein-Westfalen bei den Kohlelasten zu entlasten.

Der Bund lehnt trotz des hohen Aufkommens aus der 1961 eingeführten Heizölsteuer - über 20 Milliarden DM für eine zweckgebundene Steuer, die ihm allein zufließt - jede Entlastung Nordrhein-Westfalens ab. Am 4. Dezember - in diesem Monat - ist der Versuch, den Bund zu Verhandlungen mit Nordrhein-Westfalen über eine Entlastung bei den Kohlelasten zu bewegen, wiederum gescheitert, obwohl auch die drei Landtagsfraktionen solche Verhandlungen befürworten, die ja noch gar nicht quantifiziert waren.

Graf Lambsdorff hat in einer Erklärung zur Abstimmung zugleich für die nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten der F.D.P. und unter Beifall bei der CDU/CSU-Fraktion folgendes festgestellt:

- (B) Wir sind der Meinung - und sind dieser Meinung schon immer gewesen -, daß die Lasten der Kohlepolitik von allen Bundesländern, nicht nur von den Kohleländern, getragen werden sollten. Wir sind aber nicht der Meinung, daß dies durch einen Beschluß des Bundesrates zu Lasten Dritter, nämlich des Bundes, einfach schlicht auf den Bund in vollem Umfang abgewälzt werden kann. Das kann nicht der Weg sein.

Ich will eine kleine Ergänzung machen: Er spricht von den Kohleländern. Es ist richtig; dort wird Kohle gefördert. Aber Sie wissen ja, daß das Saarland intern von jeder Zahlung für Koks-kohlenbeihilfe freigestellt ist. Sonst wäre die finanzielle Situation des Saarlandes noch sehr viel schlimmer, als sie gegenwärtig schon ist.

Nun meine ich, meine Damen und Herren: Die Last der nationalen Aufgabe, Kohle zu sichern, Energie zu sichern, liegt, was die Ländersseite angeht, ausschließlich bei Nordrhein-Westfalen. Man ist ja bis jetzt nicht einmal bereit, uns wenigstens teilweise zu

entlasten. Seit 1980, als wir, angestoßen von der CDU-Fraktion des Landtags, mit den Verhandlungen begonnen haben, werden wir von der Bundesregierung an die Ländergesamtheit und von der Ländergesamtheit an Bundesregierung und Bundestag verwiesen. Seit sieben Jahren hält nun schon dieser wirklich skandalöse Zustand an - "skandalon" im klassischen Sinne: öffentliches Ärgernis darstellend. Das ist eine grobe Mißachtung des vom Bundesverfassungsgericht formulierten bündischen Prinzips des Einstehens füreinander! (C)

(Zustimmung bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Pohl?

(Minister Dr. Posser: Bitte, Herr Dr. Pohl!)

- Bitte sehr!

Dr. Pohl (CDU): Herr Minister, da Sie auf das Jahr 1981 abgehoben haben: Würden Sie denn auch sehr deutlich sagen, daß offensichtlich alle Bundesregierungen, gleich welcher parteipolitischen Färbung, diese Meinung vertreten?

Dr. Posser, Finanzminister: Aber, Herr Kollege Dr. Pohl: Das sage ich doch bei jeder Gelegenheit, daß dies keine parteipolitische Frage ist, sondern daß wir mit der früheren Bundesregierung - der Brief war ja von Graf Lambsdorff als dem Bundeswirtschaftsminister auch der damaligen Bundesregierung im Januar 1981 geschrieben worden - ebenfalls diese Schwierigkeiten gehabt haben. Ich bin ja überhaupt dabei - Sie merken das wahrscheinlich noch gar nicht so; dann muß ich das noch etwas deutlicher sagen -, um Verständnis dafür zu werben, daß es in der Tat Interessenunterschiede zwischen dem Zentralstaat und einem Gliedstaat geben kann. Dies ist ein Interessenunterschied. (D)

(Zustimmung bei der SPD und des Abg. Dr. Pohl (CDU))

Das ist doch der Punkt. Das hat mit der parteipolitischen Zusammensetzung der Bundesregierung nichts zu tun. Herr Pohl, Sie kennen doch unseren Kampf gegen die sozial-liberale Bundesregierung wegen der Abschaffung der Lohnsummensteuer. Da haben wir doch hier gekämpft. Ein bißchen, 1,5 Milliarden DM, haben wir dann für eine Übergangszeit bekommen.

(Schauerte (CDU): Aber die Steuerreform haben Sie damals begrüßt!)

(Minister Dr. Posser)

- (A) - Ja, aber dann müssen Sie das einmal nachlesen. Ich will das aus Zeitgründen jetzt nicht ausbreiten.

Aber wie unververtretbar die Behandlung Nordrhein-Westfalens ist, zeigt auch folgende Überlegung: Nach der Steuerschätzung vom November 1987 hat Nordrhein-Westfalen für dieses Jahr 97,48 % des Länderdurchschnitts der Steuereinnahmen. Bei Berücksichtigung der Kohlelast von 1,5 Milliarden DM haben wir nur 95 % des Durchschnitts, die aber nicht ausgeglichen werden. Das ist doch der entscheidende Punkt: die Nichtanerkennung unserer Kohlelast.

(Schmidt (SPD): So ist das!)

Die vom Bundesverfassungsgericht - dem höchsten Gericht - festgestellte verfassungswidrige Benachteiligung Nordrhein-Westfalens im bundesstaatlichen Finanzausgleich hatte allein in den hier so wichtigen Jahren 1981 bis 1986 folgende Auswirkung: An Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen erhielten in diesen sechs Jahren Nordrhein-Westfalen - schon aufgerundet - 91 Millionen DM, Bayern 2,636 Milliarden DM, Rheinland-Pfalz 3,767 Milliarden DM, das Saarland 2,688 Milliarden DM, Schleswig-Holstein 4,475 Milliarden DM, Niedersachsen 8,698 Milliarden DM und dazu Förderzinseinnahmen von 10,2572 Milliarden DM. Dieses Geld - das ist nun der entscheidende Punkt, da werbe ich um Ihre Einsicht -, diese gewaltigen Summen sind in die jeweiligen Landeskassen zur Disposition des Budgetgesetzgebers geflossen.

(B)

Was hält man uns entgegen? Uns hält man den Kohlepfennig entgegen, den wir aber nicht in die Landeskasse bekommen; die Verbraucherabgabe wird ja auch von der nordrhein-westfälischen Bevölkerung gezahlt und geht noch nicht einmal an den Steinkohlenbergbau, sondern an die Elektrizitätsversorgungsunternehmen, und zwar unabhängig davon, wo sie ihren Standort in der Bundesrepublik Deutschland haben. Auch die Knappschaft wird uns entgegengehalten. Ich wiederhole: Die von mir eben genannten Milliardenbeträge sind in die Landeskassen der anderen Länder und in unsere Kasse sind 91 Millionen DM geflossen.

Damit Sie die Dimension des Problems erkennen, will ich Ihnen folgendes sagen. Wenn wir das, was die anderen von 1981 bis 1986 - alles Ist-Zahlen - erhalten haben, auf unsere Einwohnerzahl umrechne, dann hat Bayern 3,984 Milliarden DM, Niedersachsen 17,406 Milliarden DM, Rheinland-Pfalz 20,164 Milliarden DM, Schleswig-Holstein

28,56 Milliarden DM, das Saarland 43,06 Milliarden DM und Bremen 46,897 Milliarden DM bekommen - und keines dieser Länder hat eine Sonderlast, die nicht angerechnet würde. Die Hafenlasten von Hamburg und Bremen werden zu 50 % nach den Angaben dieser Stadtstaaten verrechnet und ihnen gutgeschrieben. Das wäre so, als würden von unseren 1,5 Milliarden DM 750 Millionen DM - das ist der Vergleich - in Verrechnung gebracht. Aber bei uns spielt das leider überhaupt keine Rolle.

(C)

Deshalb glaube ich, daß wir hier - mit guten Argumenten - nicht locker lassen dürfen. Die Argumente liegen auf unserer Seite. Ich habe bei meinen Gesprächen in kleinem Kreise unter vier Augen - bis hin zu Mitgliedern der Bundesregierung, aber ich will jetzt keine Indiskretion begehen - niemanden gefunden, der nicht gesagt hat: Dies ist unhaltbar, das muß geändert werden. Deshalb trage ich das immer wieder vor, bis wir den Durchbruch erreichen.

Nun hat die Verschuldung insgesamt eine große Rolle gespielt.

(Weiss (CDU): Wer ist denn daran schuld?)

Da will ich Ihnen auch einmal ein wichtiges Faktum nennen. Ohne die Sonderlast Kohle hätte Nordrhein-Westfalen Ende 1986 bei der Pro-Kopf-Verschuldung hinter Bayern und Baden-Württemberg den dritt günstigsten Platz gehabt.

(D)

(Schauerte (CDU): Mit oder ohne Zinseszinsen?)

- Ohne. Das können Sie schnell ausrechnen. Bei 17 Milliarden DM sind das über 1 000 DM je Einwohner. Sie wissen, wir haben Ende 1986 eine Verschuldung je Einwohner von 4 784 DM gehabt. Wenn Sie davon gut 1 000 DM herunternehmen, dann sind Sie bei 3 700 DM.

Jetzt will ich Ihnen sagen: Trotz massivster, eben geschilderter finanzieller Unterstützung hatten Niedersachsen mit 4 214 DM Kreditmarktschulden je Einwohner und Rheinland-Pfalz mit 4 561 DM je Einwohner nicht sehr viel weniger Kreditmarktschulden als Nordrhein-Westfalen, trotz unserer Sonderlast.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Ungünstiger als wir lag trotz massivster finanzieller Stützung im Länderfinanzausgleich und bei den Bundesergänzungszuweisungen

(Minister Dr. Posser)

- (A) Schleswig-Holstein. Es hatte pro Einwohner eine Kreditmarktverschuldung von 5 468 DM, das Saarland von 7 691 DM.

Natürlich kann das so nicht weitergehen. Wir haben einiges unternommen. Ich habe Ihnen das eben schon geschildert. Ich wiederhole den wichtigsten Punkt: Es ist uns unter großen Schwierigkeiten und unter Verzicht auf manches, was wir für dringend wünschbar hielten, gelungen, unsere Nettokreditaufnahme von 10,1 Milliarden DM im Jahre 1981 auf 6,3 Milliarden DM im Jahre 1986 zu verringern.

Nun, meine Damen und Herren, will ich zu einigen Bereichen Stellung nehmen, die hier eine besondere Rolle gespielt haben. Da hieß es, wir hätten eine hemmungslose Personal-kostensteigerungspolitik betrieben.

(Zustimmung des Abg. Dr. Pohl (CDU))

Wir wollen das ganz ruhig miteinander besprechen. - Vorsichtig, Herr Pohl. - Wir haben in unserem Datenheft, wie Sie wissen, eine Aufstellung der Zahlen. Der große Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur umfaßt 56,4 % unserer gesamten Personalkosten. Wir haben doch die Debatten hier miterlebt. Haben wir zuviel Lehrer? Höre ich nicht von überall her - auch durch Zuschriften von Kollegen; was ich nicht beanstande, damit kein Mißverständnis aufkommt -: Da und dort fällt Unterricht aus, da fehlt die Bedienung fächerspezifischen Bedarfs, da ist noch Bedarf, da sind noch Lücken. - Daß wir in Nordrhein-Westfalen zu viele Lehrer hätten, habe ich nirgendwo gehört. Daß wir sie nicht mehr alle bezahlen können und deshalb abbauen müssen, ist leider eine Tatsache. Nur, es hat niemand gesagt: Du hast für die Lehrerbesoldung oder die Besoldung der Bediensteten an den Hochschulen zuviel Geld ausgegeben. Aber wenn man das abhaken kann, dann ist das mit 56,4 % schon ein großer Bereich, bei dem man nicht sagen kann: Du hast mit den Stellen geaast.

(Schauerte (CDU): Was kosten die Gesamtschulen denn?)

- Da werden doch Schüler unterrichtet, die müßten doch sonst anderswo unterrichtet werden.

(Hardt (CDU): Die Gesamtschulen haben aber besondere Vergünstigungen!)

Dann kommt der nächste Bereich: Rechtsschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung. Darin stecken 26,2 % der gesamten Personal-

ausgaben. Bei der Polizei habe ich noch nie gehört, wir hätten zu viele Polizeibeamte. Bekomme ich nicht immer wieder Zuschriften des Inhalts: Ihr müßt mehr einstellen; bei uns ist die Polizeidichte zu gering - auch in ländlichen Regionen? Also: Zuviel Polizei? Nein!

Haben wir zu viele Beschäftigte in der Justiz? In "Landtag intern" vom 17. November dieses Jahres lese ich dazu, alle drei Fraktionen hätten festgestellt, die gesamte Justiz sei überbelastet und die Bediensteten dort seien an der Grenze ihrer Leistungskraft. Zuviel? Nein! Ich höre immer nur: Zuwenig! Jetzt haben wir weitere 26,2 % und damit insgesamt 82,6 % belegt.

Jetzt kommt die Finanz- und Bauverwaltung. Die Finanzverwaltung ist die klassische Verwaltung, die über eine eigene Personalbedarfsberechnung verfügt. Danach fehlen 3 500 Stellen. Zuviel? Nein! Das macht wiederum plus 10,1 %. Jetzt bin ich schon bei über 90%.

Es verbleiben noch 7,2 % für alle übrigen Bereiche - oberste Staatsorgane, Innere Verwaltung, Landesamt für Besoldung und Versorgung, Versorgungsämter, Gewerbeaufsicht, Forst-, Agrar- und Wasserwirtschaftsverwaltung. Habe ich da je gehört: Zuviel? Ich höre doch immer: mehr für die Gewerbeaufsicht. Jetzt bin ich schon bei 99,99 %.

(Starker Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

Jetzt sagen Sie, in den 7,2 % seien die obersten Staatsorgane enthalten. Richtig, und zwar mit 1,2 %! Das ist also das, was man die "Kosten politischer Führung" nennt. Ich habe mir überlegt, was ich Ihnen dazu vortragen könnte.

(Dr. Pohl (CDU): Der Fisch stinkt zuerst am Kopf!)

- Genau. Das ist ein alter Spruch; deshalb passen wir auch sehr genau auf. Ich will Ihnen das einmal belegen. Manchmal ist man ja überrascht, wer einem zu Hilfe kommt: das Bundesfinanzministerium. Das Bundesfinanzministerium mußte nämlich am 9. November dieses Jahres - vor nicht allzu langer Zeit - nachweisen, daß es nötig sei, zwar nicht die Sonderlast Kohle in Milliardenhöhe, aber die Sonderlast "politische Führung" anzuerkennen, in den Bundesergänzungszuweisungen zu berücksichtigen. Die Mitarbeiter des Bundesfinanzministers haben daraufhin die Kosten der politischen Führung ausgerechnet. Das betrifft zunächst einmal, was die Länder angeht, die obersten Staatsorgane und dann die Gemeinden. Das ist jetzt alles schön aufgeführt.

(C)

(D)

(Minister Dr. Posser)

- (A) Was sehe ich da bei den Kosten der politischen Führung pro Einwohner? Nordrhein-Westfalen: 27,90 DM! Baden-Württemberg - Zweitbester -: 29,30 DM! Niedersachsen: 37,00 DM! Bayern: 40 DM! Schleswig-Holstein: 81,50 DM!

(Heiterkeit bei der SPD)

Jetzt sagen Sie immer: Ihr müßt auch die Gemeinden betrachten, was die an Wasserköpfen mit sich herumtragen! Dazu hat der Bundesfinanzminister auch Material geliefert, und zwar unter dem Datum 9.11.1987. Nordrhein-Westfalen ist Spitzenreiter bei den Kosten der politischen Führung für Land und Gemeinden mit 56,30 DM. An zweiter Stelle liegt Baden-Württemberg mit 62,50 DM! So geht das weiter bis zu Schleswig-Holstein mit 106,40 DM!

(Erneut Heiterkeit bei der SPD)

Ich will damit nur darlegen: All die immer wiederholten Behauptungen während der Haushaltslesungen der vergangenen Jahre, es sei eine unglaubliche Personalkostenvermehrungspolitik betrieben worden, sind doch zusammengebrochen. Ich habe Ihnen doch die Prozentzahlen genannt. Was sagen Sie nun?!

(Starker Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Finanzminister, Sie gestatten eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte?

(B)

(Minister Dr. Posser: Bitte schön!)

- Bitte sehr, Herr Abgeordneter!

Schauerte\*) (CDU): Herr Finanzminister, Sie haben gefragt: Was sagen Sie nun?

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich frage: Könnten Sie die Statistik noch ergänzen und vortragen, wie die Kosten in Bremen und im Saarland sind, die Sie ja nicht erwähnt haben, und könnte der von Ihnen genannte Tatbestand damit zusammenhängen, daß, je größer die Bevölkerungszahl in einem Land ist, umso niedriger die Quote ist?

(Dr. Linssen (CDU): Billiger geht es nicht!)

Dr. Posser, Finanzminister: Aber das ist doch selbstverständlich, Herr Kollege. Es gibt doch Vergleichbares. Wir werden doch in bezug auf unsere Verschuldung auch immer mit Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen verglichen!

(Zustimmung bei der SPD)

(C) Wir haben bei uns doch auch viel mehr Leute! Das ist richtig; Sie ziehen nur die falsche Schlußfolgerung. Entweder man geht immer so vor und zieht die Bevölkerungszahlen in Betracht oder nicht.

Bei der Verschuldung fällt mir überhaupt eines - wenn ich das noch nachschieben darf - auf. Es wird immer gesagt: 100 Milliarden DM Schulden in Nordrhein-Westfalen, das ist ungeheuerlich!

(Weiss (CDU): Das ist es auch!)

Natürlich ist die Verschuldung groß. Wir unternehmen ja Anstrengungen, wenigstens den Zuwachs zu senken. Nur: In anderen Ländern kann die Verschuldung nicht an die 100 Milliarden DM herankommen, weil sehr viel weniger Einwohner da sind. Man muß es doch pro Kopf der Bevölkerung rechnen.

(Schauerte (CDU): Ja, eben, da sind wir doch Spitze!)

Das tun Sie aber nicht. Sie reden immer nur von den 100 Milliarden DM und tun so, als wären die anderen Bundesländer schuldenfrei.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich habe doch nachgewiesen, daß bei der Umrechnung pro Einwohner einige Länder trotz massivster finanzieller Unterstützung hinter uns liegen.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Dr. Pohl, eine Zwischenfrage bitte! (D)

Dr. Pohl (CDU): Herr Minister, da ich mich sehr freue, daß Sie nun heute eine Antwort auf meine Rede vom März 1986 zum Personalzuwachs der Staatskanzlei geben, darf ich Sie fragen: Wie erklären Sie sich denn die Tatsache, daß sich seit 1966 der Personalbestand innerhalb der Staatskanzlei mehr als verdreifacht hat? Das müssen Sie der Öffentlichkeit auch einmal erklären.

Dr. Posser, Finanzminister: Ja, Herr Kollege Pohl, ich will mich doch mit Ihnen gar nicht zanken! Natürlich ist der Personalbestand in der Staatskanzlei gestiegen, übrigens geringer als in Staatskanzleien anderer Bundesländer.

(Widerspruch bei der CDU)

- Doch, doch!

(Zustimmung bei der SPD)



(Minister Dr. Posser)

- (A) Aber da hat es auch Aufgabenzuweisungen gegeben.

(Erneut Widerspruch bei der CDU - Zurufe der Abgeordneten Dr. Linssen und Dr. Pohl (CDU) - Weitere Zurufe)

- Hören Sie doch einmal zu!

(Weitere erregte Zurufe von der CDU)

- Nun habe ich doch bisher polemische Töne vermieden.

(Weiss (CDU): Nein!)

- Doch! Überlegen Sie einmal genau und lesen Sie nach, was ich gesagt habe. Ich werbe zur Zeit um Sie; Sie merken das nur nicht. Ich werbe um Ihre Einsicht!

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU - Dr. Pohl (CDU): Ein Meister! - Abg. Dautzenberg (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Herr Dautzenberg wir können nicht die ganze Rede mit Fragen verbringen; ich habe ja nur noch begrenzte Redezeit und bitte um Ihr Verständnis.

(Dr. Pohl (CDU): Herr Rau, einen solchen Minister kriegen Sie nie wieder! Darin ist er ein Meister!)

- (B) - Herr Pohl, wenn Sie mich nun wirklich herausfordern wollen mit Ihrer Frage: Wissen Sie, wo die stärkste Personalvermehrung an den Spitzen war? - In Bonn.

(Zurufe von der SPD: Ja, richtig.)

Da ist die Zahl der Minister um zwei vermehrt worden, die Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre um acht und die der beamteten Staatssekretäre um drei.

(Hardt (CDU): Jetzt wieder! - Weitere erregte Zurufe von der CDU - Gegenrufe)

Das ist die Wahrheit; das kann man ja an den Haushalten nachweisen. - Das habe ich bisher alles nicht gesagt; ich sage es jetzt nur, weil ich von Ihnen danach gefragt worden bin.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Jetzt möchte ich zu dem Problem übergehen, das uns hier sehr beschäftigt hat; das ist die Not bei den Bergleuten

(Dr. Pohl (CDU): Die Not, die bloße Not!)

- ja, es ist eine Not, sicher; darin sind wir uns einig -, es ist die Not bei vielen Stahlarbeitern und Bergarbeitern. - Da ist die Frankfurter Vereinbarung getroffen worden, zwischen dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall und der IG Metall. Der Bund hat erklärt: Wir machen da mit bei einer sozialverträglichen Abfederung; wir stellen 300 Millionen DM zur Verfügung - unter der Voraussetzung, daß die Stahlländer 150 Millionen bereitstellen und die EG auch einen Betrag.

(Zurufe von der CDU)

- Sicher, die Stahlländer; das sind Bayern, Bremen, Niedersachsen, die Saar und Nordrhein-Westfalen. Nur, bei uns leben zwei Drittel der betroffenen Stahlarbeiter. Es kommt wieder eine überproportionale Sonderlast auf uns zu.

(Dr. Pohl (CDU): Ja.)

Nun kommt die Frage: Sollen wir denn diese Sozialplankosten ohne jedes Hinterfragen, ohne jede politische - ich sagte politische, nicht rechtliche - Kopplung mit dem, was uns noch stärker am Herzen liegt als sozialverträgliche Anpassung - die uns natürlich auch am Herzen liegt -, tragen? Es geht doch in erster Linie nicht darum, Schließungsbeihilfen zu gewähren, sondern darum, neues Leben zu finanzieren in den Montanregionen!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Vor mir liegt, meine Damen und Herren, der Text der gemeinsamen Entschließung aller drei Fraktionen vom 25. März dieses Jahres. Darin hatten sich alle drei Fraktionen - unter Ziffer VI können Sie es nachlesen - wie folgt zu diesem Problem geäußert:

Schließungsbeihilfen werden landesseitig abgelehnt. ... Es ist auch nicht Aufgabe des Landes, sich an der Finanzierung von Sozialplanhilfen zu beteiligen.

Das ist doch die einmütige Auffassung hier im März dieses Jahres gewesen!

(Zustimmung bei der SPD)

Jetzt werfen Sie uns vor, wir hätten nicht sofort das Geld in die Hand genommen und es bereitgestellt. Wir müssen doch einmal darüber debattieren können, wenn es so eine eindeutige Willensentschließung aller drei Fraktionen dieses Hauses gibt. - Wissen Sie, es ist richtig erkannt: Das Land beteiligt sich doch nicht an Sozialplanhilfekosten. Das wäre

(C)

(D)

(Minister Dr. Posser)

- (A) genauso, als würde ich von Herrn Stoltenberg verlangen, er sollte ein Drittel unserer Lehrerbesoldung übernehmen. Dagegen wird er sich wehren!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD  
- Zurufe von der CDU)

Deshalb dieses Verhandeln darüber. Aber ich erneuere, was der Ministerpräsident versichert hat: An uns wird die Frankfurter Vereinbarung nicht scheitern! - Freilich, wir müssen darüber reden. Da muß doch irgendwo anders wieder verrechnet werden.

Was ist denn nun mit der Hilfe für die Montanregionen? - Das steht hier auch drin; es ist der einmütige Wille: Der Landtag fordert ein Zukunftsprogramm Montanregionen. - Und: Der Landtag fordert, daß der Gleichbehandlungsbeschluß, den der Bund und alle Länder am 5. November 1986 gefaßt haben, unverzüglich zu einer Einbeziehung von Montanregionen in die Gemeinschaftsaufgabe der regionalen Wirtschaftsförderung führt.

Gleichbehandlung bedeutet doch auch, daß wir wie die Werft-Regionen behandelt werden. Dazu kann ich nur sagen: Das, was wir dazu an Bundesbeitrag erwarten, liegt nach dem, was uns jetzt angeboten worden ist, weit hinter dem zurück, was für die Werft-Regionen bereitgestellt wird. - Dürfen wir denn nicht einmal dem Bund gegenüber - vielleicht sogar mit etwas erhobener Stimme - einfordern, was er anderen bereitwillig gewährt?

(B)

(Aigner (SPD): Sehr richtig! - Zustimmung bei der SPD)

Nun zum ZIM! Der Bundesanteil, den wir da vorsehen, beträgt für vier Jahre je 333 Millionen DM. Das ist doch keine Überforderung!

Dafür ein Beispiel: Duisburg, das sich in einer wirklich schlechten finanziellen Lage befindet, bekam vom Land Nordrhein-Westfalen in den letzten drei Jahren - von 1985 bis 1987 - im Jahresdurchschnitt 347 Millionen DM allgemeine Finanzaufweisungen - ohne Investitionspauschale! Dortmund bekam jahresdurchschnittlich vom Lande zur freien Verfügung 333,5 Millionen DM. Ist es eine Überforderung des Bundes, ihn zu bitten, für alle Montanregionen in Nordrhein-Westfalen etwas weniger zu geben als wir für zwei unserer in finanziellen Schwierigkeiten steckenden Städte? Ist das wirklich eine Überforderung?!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Nun haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU, beim ZIM auch eine Krise im Kabinett zu erkennen geglaubt. Dazu muß ich wirklich sagen: Das ist eine Selbsttäuschung; das ist nicht der Fall.

(C)

(Dautzenberg (CDU): Des Kabinetts?)

- Nein, nicht eine Selbsttäuschung des Kabinetts, Herr Dautzenberg. Das Kabinett hat eine eindeutige Beschlußlage; sie entspricht dem, was wir Ihnen im Landeshaushalt in der zweiten und dritten Lesung vorgelegt haben, unverändert.

Was hat denn Herr Jochimsen getan? - Herr Jochimsen ist gefragt worden, ebenso wie mein Kollege Schnoor: Wenn der Bund nun überhaupt nichts tut, was wird denn dann geschehen?

(Zurufe der Abgeordneten Hardt und Dr. Pohl (CDU))

Werdet ihr auch sagen, die Komplementärmittel werden wir jetzt zur weiteren Konsolidierung des Landeshaushalts benutzen? - Nein, haben sie gesagt, Nordrhein-Westfalen wird seinen Anteil erbringen, unabhängig davon, ob der Bund Geld zur Verfügung stellt. -

Dann ist weiter gefragt worden - -

(Zurufe der Abgeordneten Weiss und Hardt (CDU) - Weitere Zurufe von der CDU - Unruhe)

(D)

- Hören Sie doch einmal zu! - Dann ist weiter gefragt worden: Wenn der Bund sich aber endgültig weigert, was wird dann? Und da hat Herr Jochimsen gesagt, wenn der Bund sich verweigern werde, und zwar völlig, dann müßten wir - das ist seine Meinung - notfalls dieses Programm allein aus dem Landeshaushalt finanzieren.

(Dr. Pohl (CDU): Ein Held!)

Dies haben Sie mir - zunächst Herr Schauerte - mit einem Auszug aus der "taz" und dann mit einer "Reuter"-Meldung vorgehalten. Dann habe ich gesagt, es sei nicht bekannt, daß das Land allein finanziert

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

- das Kabinett hat eine bestimmte Beschlußlage -, und ich würde in diesem Zeitpunkt nicht dazu raten, daß wir die 333 Millionen DM Bundesanteil streichen und beim Land viermal 500 Millionen DM - das sind 2 Milliarden DM - schreiben.

(Minister Dr. Posser)

- (A) Sehen Sie: Das ist doch der Punkt. Wir haben jetzt mehr Hoffnung, daß der Bund sich beteiligen wird.

(Dr. Pohl (CDU): Jawohl!)

- Jawohl! Ich bemühe mich doch. Wenn Sie wüßten - -

(Doppmeier (CDU): Sie haben die Kollegen zurückgepfiffen! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Nein! Ich habe die Beschlußlage des Kabinetts dargestellt. Schimpfen Sie doch nicht immer auf den Wirtschaftsminister. Eben haben Sie so das Ergebnis der Kohlerunde gelobt. Er war doch dabei, und daran war er doch maßgeblich beteiligt.

(Dr. Pohl (CDU): Ja, ja!)

- Ja, sicher!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, aus Zeitgründen möchte ich nur noch ein paar kurze Schlußbemerkungen machen. Die Investitionsquote - ein wichtiges Stichwort - geht bei uns zurück, und sie geht auch in anderen Ländern zurück.

(Zuruf von der CDU)

- (B) - Doch, doch!

(Schauerte (CDU): Wird angehoben!)

- Nein, sie wird nicht in allen Ländern angehoben. Aber, Herr Kollege Schauerte, ich biete Ihnen an, daß wir es uns gemeinsam anschauen. Sie bemerken, ich bemühe mich. Warum ist sie bei uns in Nordrhein-Westfalen so niedrig? An konsumtiven Ausgaben, die unvermeidlich sind wie zum Beispiel der Landesanteil am Wohngeld, kann ich doch überhaupt nichts ändern. Und viele andere Dinge wie Personalkosten muß ich ja bezahlen; das ist ja gesetzliche Verpflichtung. Wenn ich dann nichts mehr auf der Einnahmenseite habe und auf der anderen Seite eine bestimmte Verschuldenshöhe nicht überschreiten will, muß ich leider das tun, was unsere Gemeinden schon in den vergangenen Jahren getan haben, nämlich bei den Investitionen kürzen. Das tut mir leid; das ist volkswirtschaftlich höchst unerwünscht. Darin sind wir uns einig.

Aber unsere so niedrige Investitionsquote erhöht sich praktisch um zwei Punkte. Und dann sind wir statt bei 12,65 bei 14,41 %.

(C) Warum? - Wir haben auf Bitten der Kommunen und der Gemeindeverbände das Verhältnis zwischen den allgemeinen Zuweisungen für den Verwaltungshaushalt und den Zuweisungen für den Vermögenshaushalt, das heißt den Zweckzuweisungen, stark verändert. Das geht natürlich zu Lasten unserer Investitionsquote. Früher lag - daran wird sich Herr Dorn noch aus der gemeinsamen Koalitionszeit erinnern - das Verhältnis der allgemeinen Finanzaufwendungen zu den Zweckzuweisungen bei 75 : 25.

Wir sind im nächsten Jahr bei 86,4 : 13,6. Wenn wir das Verhältnis aus unserer gemeinsamen Koalition noch hätten - 75 : 25 -, dann wäre unsere Investitionsquote heute 14,41 und läge damit im Mittelfeld der Länder - trotz unserer Sonderlast Kohle und jetzt zunehmend auch Stahl.

Zu den Hochschulen - das will ich als letztes Stichwort nehmen - möchte ich doch noch einmal sagen, was das Land hier getan hat. Es ist immer wieder gefragt worden, was denn das Land in die Zukunft gerichtet getan habe.

(Jaeger (CDU): Gar nichts!)

- Sehen Sie, so ist das. Das will ich Ihnen jetzt einmal sagen, verehrter Herr Zurufer. Von 1970 bis 1984 haben wir für die Hochschulen und damit auch für die Verbesserung der Infrastruktur folgendes ausgegeben

(Zuruf von der CDU)

(D)

- hören Sie doch bitte einmal zu; das wird Sie selber überraschen -:

Laufende Ausgaben: 55 636 000 000 DM.  
Investitionen bis 1987: 16 757 000 000 DM.  
Zusammen: 72 393 000 000 DM Investitionen in "menschliches Kapital" als Zukunftssicherung. Der Bundesanteil - das muß man ja fairerweise erwähnen - in der Gemeinschaftsaufgabe war in dieser Zeit 6 838 000 000 DM. Dann bleibt eine Nettolandesleistung von 65 555 000 000 DM, die wir in die Hochschulen dieses Landes gesteckt haben.

(Beifall bei der SPD - Dr. Pohl (CDU): Selbst der Matthiesen sieht erstaunt aus!)

Meine Damen und Herren, Herr Dorn hat das Stichwort von der Verelendungsstrategie heute noch einmal gebracht.

Ich möchte ganz unpolemisch schließen: Dieses Wort von der Verelendungsstrategie habe ich zum ersten Mal in einem Zeitungsbericht der

(Minister Dr. Posser)

- (A) "Westfälischen Rundschau" vom 3. April 1987 gelesen. Darin wird mitgeteilt, es hätte in einem Protokoll des Landesvorstandes der Union gestanden.

(Dr. Linssen (CDU): Die Zeitung irrt schon einmal!)

- Ja, Herr Linssen, ich habe den Redakteur selbstverständlich, ehe ich das hier verwerte, gefragt, ob ihm je eine Gegendarstellung oder ein Leserbrief in dieser Frage zugegangen sei.

(Schauerte (CDU): Das hat bei Herrn Kleff keinen Zweck!)

Das ist ihm nicht zugegangen. Also gut. Ich wollte das ja auch gar nicht bringen, aber Herr Kollege Dorn hat das Stichwort genannt.

(Zuruf von der CDU: Sie haben es gebracht!)

Wir müssen doch gemeinsam dafür sorgen, daß so etwas auch nicht gedacht werden darf.

(Dorn (F.D.P.): Sehr gut!)

Und da bitte ich: Wir brauchen nichts mehr in unserem Lande als Zuversicht in einer schwierigen Zeit.

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Ja, richtig! - Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

(B)

Da helfen auch - das sage ich in jede Richtung - keine gegenseitigen Vorwürfe. Das wollen die Menschen draußen nicht hören und wissen.

(Bensmann (CDU): Auch nicht gegen Bonn!)

Sie wollen vielmehr wissen, was geschieht. Ich bin heute zuversichtlicher als vor ein, zwei Jahren, weil ich Verständnis überall in unzähligen Gesprächen mit Politikern aus allen politischen Lagern in den Ländern spüre. Nur so kam doch dieser einmütige Beschluß des Bundesrates vom 10. Juli dieses Jahres zustande. Können Sie sich den anders erklären? - Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz stimmen für Nordrhein-Westfalens Entlastung bei der Steinkohle!

(Zuruf von der CDU: Zu Lasten des Bundes!)

- Da sagen Sie: Zu Lasten des Bundes. - Gut! Aber irgendwo muß doch einmal dieser Kreis - vom Bund an die Ländergesamtheit,

von der Ländergesamtheit an den Bund - durchbrochen werden. Die Ländergesamtheit hat uns bisher noch nie unterstützt. Erst jetzt! Ich meine, die Erkenntnis wächst, daß Nordrhein-Westfalen in dem Umfang Unterstützung braucht, wie sie anderen Länder gewährt worden ist. (C)

Das soll mein Schlußwort sein: Wenn es um Hilfe für unser Land geht, braucht niemand abseits zu stehen. Wenn es um unser Land geht, dann darf niemand abseits stehen!

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren! Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Dr. Linssen das Wort.

Dr. Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Posser hat seinen Redebeitrag damit geschlossen, daß er sagte, niemand dürfe abseits stehen. Ich glaube, Sie, Herr Ministerpräsident, haben uns allen schon am Dienstag bestätigt, daß hier keiner abseits steht und Sie es begrüßen, wie wir gemeinsam für dieses Land kämpfen. Ich glaube, daß auch keine der Fraktionen sich in dieser Arbeit für unser Land Nordrhein-Westfalen, für unsere Heimat übertreffen lassen wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie haben damit geschlossen, daß Sie gesagt haben, nichts sei wichtiger als die Aufforderung, wir brauchen Zuversicht in schwieriger Zeit. Die brauchen wir! Aber, Herr Finanzminister, das ist nicht alles, was wir brauchen. Was wir brauchen, ist vor allen Dingen eine klare Analyse der Verhältnisse und die Konsequenzen durch eine tatkräftige Regierung. (D)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir waren alle in diesem Hause sehr gespannt, welchen Weg Sie heute bei Ihrer letzten Haushaltsrede wohl wählen würden. Würden Sie den Weg wählen, den Sie einmal in einem Brief an Ihre Kolleginnen und Kollegen der SPD-Landtagsfraktion genommen haben, nämlich ihnen - ähnlich wie es Karl Schiller getan hat - ins Stammbuch zu schreiben: "Leute, laßt die Tassen im Schrank!",

(Minister Dr. Posser: Das habe ich doch getan!)

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) oder würden Sie etwa darauf hinweisen, daß wir einer Verschuldung, ähnlich der von Polen, Mexiko oder Brasilien, entgegenlaufen,

(Minister Dr. Posser: Das habe ich nicht gemacht!)

oder welchen Weg würden Sie wählen?

Sie haben für mich - ich sage das mit großem Ernst - einen sehr erschütternden Weg gewählt. Sie haben mit lächelndem Gesicht Ihr finanzpolitisches Testament vorgetragen, nach dem Motto: Mich trifft nach den langen Jahren der Haushaltsverantwortlichkeit praktisch keine Schuld, sondern sie ist allein bei Dritten zu suchen, vor allen Dingen in Bonn.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, Herr Finanzminister, man kann zu Recht auch fragen, ob wir von anderen mehr hätten begünstigt werden können oder müssen. Aber mit dem, was Sie hier getan haben, nämlich mit der Erläuterung von Planstellen, die Sie nicht weiter ausdehnen können, oder mit dem, was wir für Hochschulen getan haben, oder mit dem Hinweis darauf, daß Herr Blüm Unrecht habe, wenn er sagt, er beklage das Fehlen von 100 Millionen DM - das sind die Zinsen von sechs Tagen; Sie selbst beklagen 120 Millionen DM laut Zeitungsausschnitt -

(Minister Dr. Posser: Das ist eine von drei Positionen!)

(B)

nachdem in Bonn die Entscheidung zum Bundesfinanzausgleich getroffen wurde - Herr Posser, so einfach können wir es uns angesichts von 100 Milliarden Schulden nun wirklich nicht machen!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben sich in den Klagechor an Bonner Mauern eingereiht und zum Schluß darauf hingewiesen, daß die Leute in diesem Lande keine Schuldzuweisungen haben möchten. Sie haben nichts anderes heute morgen getan - bis auf die erste Viertelstunde -, als nur Schuldzuweisungen loszulassen. Sie haben ununterbrochen die Belastungen dieses Landes aufgezeichnet und gesagt, daß Ihnen nicht geholfen worden sei. Herr Finanzminister, das ist unwahr. Das deckt sich nicht mit der Analyse des Landes, mit der Situationsbeschreibung und ist im Grunde genommen Eingeständnis der Götterdämmerung dieser Landesregierung, die sagt: Ich kann aus eigener Kraft nichts mehr bewegen. Es hilft

- nur noch, daß wir jeden Tag trommeln, daß andere an unserer Misere schuld sind. (C)

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß die Müdigkeit der SPD-Landtagsfraktion, die nur ganz zum Schluß beim Beifall geändert wurde, eindeutig zeigt, daß auch Ihre Fraktion eigentlich nicht mittragen konnte, daß Sie sich nach den langen Jahren Ihrer Haushaltsverantwortung so verabschieden und überhaupt keinen Wegweiser geben, wie dieses Land aus der extremen Verschuldung - ich habe dieses Bild am Dienstag gebraucht: die Zinsen strangulieren uns -

(Zuruf des Abg. Hovest (SPD))

herauskommen soll. Vielmehr haben Sie gesagt, Bonn müsse statt 75 Millionen 120 Millionen DM geben.

(Doppmeier (CDU): Das ist der Beweis der eigenen Konzeptionslosigkeit!)

Herr Finanzminister, sechs Tage Zinsen sind die 100 Millionen DM, die Sie einfordern. Was machen wir eigentlich die anderen 358 Tage in diesem Land?

(Zustimmung bei der CDU)

Wir haben sehr lange über die Klagen in Karlsruhe gesprochen. Es gibt einen guten Spruch eines alten Lateiners, der besagt: Was du auch tust, handle klug und bedenke das Ende! - Respice finem! (D)

Ich glaube, daß Sie mit der Klage diesem Spruch nicht gerecht geworden sind. Denn wir stehen in der Frage der Sonderlasten und ihrer Behandlung rein formalistisch - vom Recht her - schlechter da als vorher. Es wäre besser gewesen, wir hätten den Weg der Kooperation

(Schauerte (CDU): Damals schon gesucht!)

gesucht; ich will nicht sagen: früher gesucht, weil ich mir im Moment immer noch nicht klar bin, ob die Strategie des Ministerpräsidenten gilt, der sagt: wir wollen in Kooperation mit Bonn arbeiten - siehe Leister-Papier -, oder ob das gilt, was ich aus der Fraktion dauernd höre: Volle Pulle gegen Bonn, das ist das einzige, was uns hilft.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Rede erinnerte mich stellenweise an das, was man ja Sozialdemokraten in diesem Lande

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) gemeinhin vorwirft: daß sie mit Geld nicht umgehen können. Wenn Sozialdemokraten in der Kommune regieren und dort nicht mehr zurecht kommen, dann ist es der Kreis gewesen, der schuld ist. Wenn sie im Kreis regieren, dann ist das Land schuld. Wenn sie – so wie Sie hier – im Land regieren, dann ist der Bund schuld, und wenn sie im Land regieren ... Damals bei Helmut Schmidt war es die Entwicklung der weltwirtschaftlichen Lage, waren es die europäischen Belastungen.

(Hovest (SPD): So ein Käse!)

- Prüfen Sie es doch nach!

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, wir sollten unseren Grips darauf verwenden, zu analysieren und dann zu sagen: Das und das kann das Land tun. Wenn es dann von irgend jemand anders noch was obendrauf – die Sahne obendrauf – bekommt, dann ist das schön. Aber die anderen Schularbeiten haben wir hier erst einmal zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Dann zu den Beispielen, die Sie gebracht haben, Herr Finanzminister; daß die politische Führung in Schleswig-Holstein soundso viel koste und in Nordrhein-Westfalen soundso viel. Ich kenne und schätze Sie und weiß, das Sie es auch besser wissen. Dieses Beispiel ist doch ganz abwegig. Man kann doch nicht von der Größe der politischen Führung eines Landes mit zwei Millionen Einwohnern ausgehen und sagen, bei einem Land mit 16 Millionen Einwohnern müßte sie eigentlich proportional dem Wachstum der Bevölkerung größer sein. Sie wissen doch, daß das nicht richtig ist.

(Beifall bei der CDU)

Warum machen Sie es sich dann so einfach, wenn Sie hier ihre letzte Haushaltsrede halten?

Dann diese Vergleiche mit anderen Ländern! Darüber können wir uns ja tagelang unterhalten, ob das pro Kopf so ist oder absolut. Da können wir jedes Spiel machen. Das interessiert die Leute wirklich nicht; da gebe ich Ihnen recht, obwohl Sie es dauernd getan haben. Was die Leute aber interessiert, ist, ob ein Land Bewegungsspielräume hat. Dieses Land hat unter Ihrer Verantwortung für die Finanzen jeden Bewegungsspielraum verspielt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In der Verantwortung dieses Ministerpräsidenten – heute ist sein zehnter Haushalt hier zu verabschieden –, in zehn Jahren, wurden die Schulden verdreifacht: von knapp über 30 Milliarden DM auf 100 Milliarden DM Ende nächsten Jahres. Das sind die nackten Tatsachen, die wir haben. Und da können wir uns gern über 100 Millionen DM von Bonn unterhalten; nur, das macht den Braten doch nicht fett. Das ist doch die entscheidende Frage, Herr Posser.

Aber ich sehe natürlich, wie die politische Strategie läuft: Im Grunde haben wir hier alles getan, wir haben unsere Schularbeiten gemacht. An unserer Misere, aus der wir keinen Weg mehr heraus wissen, sind die bösen Dritten schuld. Das ist die ganze Strategie.

(Beifall bei der CDU)

Woher kommen denn die kritischen Stimmen in der letzten Zeit, auch was die Führungskraft des Ministerpräsidenten angeht?

(Hovest (SPD): Aus der CDU!)

- Sie kommen doch von allen Gazetten; da können Sie es nachlesen. Das ist es doch, was Sie so ärgert.

(Beifall bei der CDU)

Woher kommen sie denn? Ich habe von der Rau'schen Heiapoepia-Politik gesprochen. Woher kommen denn diese Stimmen? Als wir noch Geld hatten, konnte der Ministerpräsident alle Probleme mit Geld zukleistern. Was ist denn der entscheidende Grund dafür, Herr Ministerpräsident, daß das hier so schief gegangen ist? Das sagen einem übrigens beim Bier auch Ihre Kollegen. Es liegt daran, daß wir Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre, die von Ihnen zitierten zweistelligen Zuwachsraten im Haushalt gehabt haben. Man hat gemeint, das Wachstum gehe so weiter. Genau dasselbe wie bei den Wohnungsbauunternehmen – Dilemma Neue Heimat! – Nur, Sie haben der treusorgende Haushaltsvater zu sein. Sie wußten auch, daß alle Prognosen gesagt haben: Dieses Wachstum geht so nicht weiter. Trotzdem haben Sie gerade vor Wahlkämpfen vor 1980 auf Teufel komm raus hier gewirtschaftet!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Innenministers in seiner Eigenschaft als Abgeordneter zu?

(Dr. Linssen (CDU): Bitte.)

(C)

(D)

- (A) Dr. Schnoor (SPD): Herr Kollege Linssen, wenn Sie zu Recht darauf hinweisen, daß wir uns Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre auf höhere Zuwachsraten eingerichtet haben, würden Sie dann auch sagen, daß das gleiche für den Finanzplanungsrat und für die Gremien galt, die für die Steuerschätzung zuständig sind, die uns ja in der März-Steuerschätzung von 1980 noch einen Zuwachs von mehr als 27 Milliarden DM zuerkannt haben, der dann nicht eingegangen ist?

Dr. Linssen (CDU): Natürlich gab es - genauso wie bei den Energieprognosen - hier falsche Prognosen. Nur, ein Ministerpräsident hat dafür zu sorgen, daß er auch bei Nichteintreffen von günstigen Prognosen soviel in der Kasse hat, daß er überleben kann; und Sie können es nicht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wie sollen wir denn von den Bürgern dieses Landes verlangen, daß sie sich zum Beispiel bei der Finanzierung ihres Hauses anständig benehmen, auch Krisenzeiten einkalkulieren, damit sie nicht gleich von widrigen Verhältnissen umgeblasen werden, wenn Sie als Regierung mit einem solchen Beispiel vorangegangen sind?

(Beifall bei der CDU)

- (B) Sie haben als Entschuldigung dafür angeführt, seinerzeit habe der Weltwirtschaftsgipfel getagt und verlangt, ein Prozent des Bruttosozialproduktes müsse als Sonderkonjunkturbeitrag bereitgestellt werden. Herr Finanzminister, Sie haben praktisch selber zugegeben, daß dieses Land mit seiner mächtigen Wirtschaftskraft - es erbringt 28 Prozent des gesamten Bruttosozialproduktes - ein entscheidender Faktor in dieser Bundesrepublik. Sie haben auch gesagt, daß wir unseren Beitrag leisten. Wissen Sie, was uns der Herr Farthmann heute antwortet, wenn wir ihm sagen: Macht doch einmal ein Programm "Arbeit und Umwelt" selber, was ihr dauernd von Bonn fordert? Er antwortet uns dann: Dieses Land ist doch viel zu klein - wie sollen wir hier in diesem Land einen solchen Beitrag leisten? - Das ist wörtlich in einem Interview mit Herrn Farthmann nachzulesen.

Damit wollte er sich aus der Verantwortung dieses großen Bundeslandes herausstellen. Sie müssen einmal überlegen: Da verlangen Sie lauthals in Richtung Bonn nach einem Programm "Arbeit und Umwelt" in Milliardenhöhe, und selbst kürzen Sie genau in den Positionen gerade der ökologischen Erneue-

rung. Das müssen Sie einmal in die Köpfe der Bürger bekommen! (C)

(Zustimmung bei der CDU)

Ihr Fehler lag darin, Herr Finanzminister, daß Sie gehofft hatten, auch bei geringer werdendem Wachstum die Brücke bis zu besseren Zeiten überschreiten zu können. Und genau das ist danebengegangen.

(Dr. Pohl (CDU): Genau das ist der Punkt!)

Im übrigen, ich sehe gerade Herrn Kollegen Biedenkopf: Er hat in vielen Aufsätzen darauf hingewiesen, daß wir fast in einen Gleichgewichtspfad des Wachstums hineinkommen würden. Wir haben Gott sei Dank 2,5 bis 3 % Wachstum erreicht und werden im kommenden Jahr sicherlich irgendwo zwischen 1 und 2 % Wachstum landen. Nur: Das war doch vorauszu-  
sehen. Darauf muß man sich doch einstellen. Und vor diesem Hintergrund können Sie doch jetzt nach den Jahren Ihrer Verantwortung nicht sagen, Dritte hätten Schuld an der Misere dieses Landes. Das geht nicht!

(Zustimmung bei der CDU)

Wir von der CDU-Fraktion hätten uns heute in Ihrer letzten Rede gewünscht, daß Sie ein klares Konzept dazu vorlegen, wie die nächsten Jahre zu überwinden sind. Das wäre ein wirksames finanzpolitisches Testament gewesen, mit dem Sie vielleicht auch in die Geschichte dieses Landes hätten eingehen können. (D)

(Zustimmung bei der CDU - Schumacher (Kall) (CDU): Er hat es nicht gedurft!)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, es war zu erwarten, daß die Felder Bundes- und Landespolitik in der zweiten Lesung kontrovers diskutiert würden; denn Bund und Land gehören nun einmal ganz eng zusammen. Wir wissen ganz genau - auch als CDU Nordrhein-Westfalen -, daß wir in ganz enger Abstimmung mit Bonn arbeiten müssen. Ich wünschte mir, daß sich das, was der Ministerpräsident hier angedeutet hat, durchsetzt, nämlich daß wir endlich einmal zu einer Kooperation kommen.

(Minister Dr. Posser: Schon angefangen!)

In Bonn haben wir diese gemeinsame Strategie gerade bei der Kohlerunde gefahren und mit Erfolg durchgesetzt. Ich möchte es mir nicht so einfach machen wie der Herr Ministerpräsident, der meinte, Herr Blüm habe an

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) dieser Runde netterweise teilgenommen. Ich will jetzt nicht sagen: Herr Jochimsen hat teilgenommen. Sie wissen ganz genau, wie da vorher für diese Kohlerunde gekämpft worden ist, was vorher alles bewegt worden ist, um auch die Koalition auf diesen Dampfer zu bekommen, der hoffentlich ebenfalls von der Regierung voll bejaht wird; wir werden das nachher bei der Abstimmung zu Einzelplan 08 noch erleben.

Wir haben im Februar 1988 sicherlich eine entscheidende Montanrunde. Ich hoffe sehr, daß sie auch vom Land so vorbereitet wird, daß wir zu Ergebnissen kommen.

Aber mit einem ZIM-Programm, das nun landauf, landab als der Stein der Weisen gefeiert wird, ist es nicht getan. Meine Damen und Herren, Sie wissen ganz genau, daß wir für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen Jahre brauchen, daß in einem Land eine Politik der 1000 Schritte erforderlich ist, um Ersatzarbeitsplätze bereitzustellen. Dann können Sie nicht mit verbalen Attacken, mit Programmen, die für die Öffentlichkeit aus dem Hut gezaubert werden, den Stahlarbeitern eine seriöse Hoffnung machen; denn dafür brauchen wir wirklich lange Zeit.

(Zustimmung bei der CDU und der Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.))

- (B) Ich sage es sehr deutlich: An diesem ZIM-Programm ärgert mich, daß so getan wird, als könnte sofort etwas bewegt werden. Herr Finanzminister, dann hätten die Milliarden vorher aus dem Topf genommen werden müssen; denn diese Entwicklung bahnte sich an. Wir haben Anfang der achtziger Jahre genau die gleiche Stahldebatte gehabt wie heute. Das heißt, Sie wissen, daß Sie investieren müssen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Statt dessen haben Sie die Investitionsquote von 22,5 % im Jahre 1979 auf 12,5 % im Haushalt 1988 heruntergefahren.

(Hört, hört! bei der CDU)

Das sind 10 % weniger. - Man kann es nicht oft genau sagen. Das wäre ein Beschäftigungsprogramm von 6 Milliarden DM, das wir heute zusätzlich hätten.

(Zustimmung bei der CDU)

Vorhin kam der Zwischenruf, andere Länder machten das besser. Da haben Sie den Kopf geschüttelt. Das machen nicht nur andere Bundesländer besser, sondern auch der Bund macht es besser, von dem Herr Farthmann das Programm "Arbeit und Umwelt" fordert.

Der Bund hat die Investitionsquote am Bundeshaushalt bei 13 % stabilisiert. Das ist aus meiner Sicht auch nicht genug. Aber wissen Sie, woher man dort kommt? Von 1970 bis 1982 wurde die Investitionsquote im Bund von 19,3 auf 13 % heruntergefahren, und zwar unter der Verantwortung vor allen Dingen Helmut Schmidts. Diese Bundesregierung schafft es wenigstens zu stabilisieren. Es wäre schöner, man könnte noch mehr investieren - darin sind wir uns alle einig.

(C)

(Zustimmung bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Bonn ist die Steuerreform in ihren Eckwerten unter der Führung der Bundesregierung praktisch beschlossen. Ergebnis: Weitere 500 000 Bürger zahlen bei gleichem Einkommen zukünftig keine Steuern mehr. Dennoch steigt das Steuereinkommen. Auch deshalb muß man nun wirklich sagen, daß all das Geheule wegen der Stufe 1990 der Steuerreform überhaupt nicht mehr verständlich ist. Die Stufe 1986/88 mit einer Nettoentlastung von 25 Milliarden DM ist angeblich gut, nämlich weil dieser Ministerpräsident als Bundeskanzlerkandidat sie mit verteidigt hat. Deshalb ist das eine gute Sache.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Zuruf von der SPD: Aber anders verteilt!)

Aber beim dritten Schritt - 20 Milliarden DM Nettoentlastung 1990 - beginnt offensichtlich das Übel in dieser Welt. Das können Sie auch keinem vernünftigen Menschen mehr erklären.

(D)

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, lesen Sie doch einmal bitte nach, was 1982/83 bei der Wende in Bonn von Ihnen alles gesagt worden ist. Da ist gesagt worden: Jetzt sparen die sich kaputt. Ihr müßt mehr für die Konsumfähigkeit tun. - Diese Steuerreform ist das beste Programm für die Konsumstärkung aller Bürger in diesem Lande. Und das wollen Sie offensichtlich nicht mehr wahrhaben.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Unsere Konjunktur lebt von der Binnennachfrage, weil im letzten Jahr 5 % real auf die Einkommen draufgekommen ist. Das hat es seit 1972 in diesem Land nicht mehr gegeben. Dadurch ist der Konsum in unserem Lande doch überhaupt so groß, wie er ist, und konnte in etwa das ausgleichen, was in der Exportfähigkeit durch den herabgehenden Dollar zwangsläufig nachgelassen hat, was wir sehr bedauern.



(Dr. Linssen (CDU))

- (A) Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Gesundheitsreform wird in Bonn noch im Laufe des Jahres 1988 verabschiedet werden. Ergebnis: Von insgesamt 125 Milliarden DM werden 14 Milliarden DM eingespart, um damit endlich den Einstieg in die dringend notwendige Absicherung der Pflegefallrisiken zu erreichen. Wir wünschten uns, daß auch Sie die Krankenversicherungsreform endlich einmal unterstützten. Sie wissen genauso wie wir, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Im Jahre 1960 beliefen sich die Kosten der Krankenversicherung auf 9 Milliarden DM, im Jahre 1970 auf 25 Milliarden DM und im Jahre 1987 auf 125 Milliarden DM. Wenn Sie dauernd sagen, die Belastung der Arbeitnehmer sei zu groß, die Belastung der mittelständischen Wirtschaft sei aufgrund der Nebenkosten zu groß, dann müssen Sie auch die andere Seite dieser Reform verteidigen und dafür eintreten, daß alle in diesem Lande gerecht dazu beitragen, die für die Reform erforderlichen Mittel zu erwirtschaften.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Bonn hat einen weiteren Schwerpunkt gesetzt: die Familienpolitik. Es wird in unserem Lande oft gefragt, wo denn die Wende stattgefunden habe. Die Wende hat vor allen Dingen im Bereich der Familienpolitik und damit bei der Existenzsicherung unseres Volkes stattgefunden. Das ist der wesentlichste Punkt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- (B) Im Bereich der Familienpolitik haben wir in der Bundesrepublik Ziele erreicht, die in der Sozialpolitik seit über hundert Jahren angestrebt, aber nie erreicht wurden. Wir haben es geschafft.

Bonn geht noch einen Schritt weiter. Auch die sehr schwierigen Fragen im Bereich des Umweltschutzes werden gelöst. Verfolgen Sie einmal die Entwicklung von 1976 bis 1982 und die Entwicklung nach 1982. Sie werden dann im Grunde eine Null-Aktivität im Bereich des Umweltschutzes bis 1982 feststellen. Alle großen Gesetze zu den Bereichen Wasser-, Boden- und Luftreinhaltung sind nach 1983 erlassen worden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Ich appelliere dringend an Sie, daß wir hier im Land die Umsetzung dieser Bundesgesetze schaffen, damit wir nicht zu viele Vollzugsdefizite bekommen, die Umweltminister Matthiesen gerne übergeht.

In der Agrarpolitik werden wir sicherlich vor schwierigen Problemen stehen. Im Jahre 1988

- (C) muß durch eine nachhaltige Änderung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum Hilfe geschaffen werden. Ich hoffe sehr, daß hinsichtlich dieses Bereiches hier im Plenum nicht nur Schwarzer-Peter-Spiele veranstaltet werden, sondern - vielleicht zu Anfang des neuen Jahres - gemeinsam um ein Konzept gerungen wird.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

In dieser Zeit, die ich durch ein paar Eckpunkte der Bundespolitik gekennzeichnet habe, beraten wir heute in dritter Lesung den Etat unseres Landes. Er muß sich in zweifacher Hinsicht messen lassen. Erstens: Gibt er Antworten darauf, wie wir die Ergebnisse der Bundes- und Europapolitik hier zum Nutzen unserer Bürger umsetzen? Zweitens: Finden im Etat 1988 wirklich jene Umschichtungen statt, die der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung angekündigt hat?

(Dr. Pohl (CDU): Ha ha ha!)

Die Überlegungen dazu führen zu einer sehr grundsätzlichen Betrachtung, aber auch zu einer ganz konkreten, nur unser Land betreffenden Ausgangsfrage: Sichern wir die Zukunft unseres Landes wirklich durch einen immer mehr eskalierenden Streit mit Bonn - ich kann diese Frage nur noch einmal wiederholen -, oder ist die Aussage im Strategiepapier Ihres Staatssekretärs Leister, der diese Ausführungen hier sicher wieder mit Wohlgefallen zur Kenntnis nimmt, die ehrlichere Antwort, wonach Nordrhein-Westfalen vor schweren Jahren steht und es in dieser Lage darauf ankommt, zwar die Interessen des Landes gegenüber dem Bund und den anderen Ländern selbstbewußt zu vertreten - wir sind sehr dafür -, aber auch intern selbstkritisch zu überprüfen, wo neue Akzente, die Konzentration auf Schwerpunkte und neue Weichenstellungen notwendig sind?

(D)

(Dr. Pohl (CDU): Ein kluger Mann, der Leister!)

Diese Aussage können wir nur Wort für Wort unterstreichen. Herr Finanzminister, in dieser Richtung hätten wir von Ihnen heute gern einiges gehört. Sie haben sich bei Ihrem letzten Beitrag zum Haushalt an dieser entscheidenden Frage leider vorbeigemogelt.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Wir können als CDU-Fraktion dem Ministerpräsidenten nur vier Fragen stellen. Es sind vier Fragen, die auch an uns selber gerichtet sind, und wir sind überzeugt, daß diese

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) Fragen zugleich die Fragen aller Bürger unseres Landes sein könnten, gleichgültig, welche parteipolitische Überzeugung sie haben.

Herr Ministerpräsident, die erste Frage lautet: Finden sich die mahnenden Worte unseres Bundespräsidenten über den Umgang miteinander noch in der Tagespolitik in Nordrhein-Westfalen wieder?

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

- Wir können darüber ganz in Ruhe sprechen.

Zweitens: Herr Ministerpräsident, erschöpft sich Ihre Politik in einer ständig eskalierenden Auseinandersetzung mit Bonn?

Die dritte Frage: Haben Sie, hat Ihre Regierung den Mut, dem Wort von Herrn Farthmann vor der protestierenden Bauindustrie zuzustimmen, wonach die nackte Not den Etat 1988 kennzeichnet?

(Hört, hört! bei der CDU)

Die vierte Frage: Wird der Schwerpunkt der kommenden Haushaltspläne und des mittelfristigen Finanzplans nur in der Bezahlung der Vergangenheit liegen, oder stellen wir uns endlich der zur Zeit wohl schwersten Aufgabe der Landespolitik, die man mit der Frage umschreiben kann: Wie leisten wir den für eine Erneuerung des Landes erforderlichen Eigenbeitrag?

(B)

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vielleicht gibt Herr Farthmann nachher Auskunft darüber. Vielleicht leistet er einen Beitrag, den Sie, Herr Finanzminister, nicht geleistet haben.

Das sind die vier Fragen, denen niemand mehr ausweichen kann, weder die Regierung noch der Landtag. Auf diese Fragen müssen Sie, Herr Ministerpräsident, als erster antworten, weil der Bürger Sie mit dem Mandat der absoluten Mehrheit ausgestattet hat.

(Beifall bei der CDU)

Bisher haben Sie weder durch tätiges Regierungshandeln noch durch Ihren Debattenbeitrag zur zweiten Lesung am Dienstag Antworten auf diese Fragen gegeben. Ich nenne ein Beispiel: An die Banken zahlen wir, zahlen Sie jeden Monat den immensen Betrag von über 500 Millionen DM für Zinsen. Am

Dienstag haben Sie hier vor dem Plenum einige wenige Millionen Mark für Forschungsförderung als großartigen Schwerpunkt und Ihren Beitrag zur Erneuerung des Landes gefeiert.

(C)

Herr Rau, haben Sie eigentlich noch den Überblick, auch über die Proportionen, um die es hier geht?

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Herr Rau, Sie sagten am Dienstag: An diesem Etat scheiden sich die Geister; aber es ist mein Haushalt, der meine Politik widerspiegelt und mit dem ich mich dem Bürger stelle. - In der Tat, Herr Rau, an diesem Etat scheiden sich wirklich die Geister.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Entscheidend für eine sachliche Auseinandersetzung über den richtigen Weg zur Lösung der Probleme unseres Landes ist aber, daß wir ehrlich und damit glaubwürdig miteinander umgehen und auch der Bevölkerung die Wahrheit sagen. Und dazu gehört - ich wiederhole -: erst die Analyse und daraus die Konsequenzen und nicht nur Beschimpfungen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Diskussion in der zweiten Lesung, liebe Kolleginnen und Kollegen, war intellektuell unredlich. Sie war unredlich, weil sie sich - das hat sich heute fortgesetzt - nur in Schuldzuweisungen Richtung Bonn und Europa erschöpfte. Sie war aber auch unredlich, weil keine Auseinandersetzung zwischen Parlament und Regierung mehr stattfindet. In Nordrhein-Westfalen gibt es nur noch die Auseinandersetzung der Regierung mit den eigentlichen Machtzentren im Lande, und das sind die Arbeitskreise Ihrer Fraktion, Herr Ministerpräsident.

(D)

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Uns hier im Plenum wird, seitdem Sie die absolute Mehrheit haben, anschließend nur noch das Ergebnis als unverrückbar mitgeteilt. Damit ist das Wesen der Demokratie, das Ringen zwischen Parlament und Regierung, faktisch im Kern zerstört.

(Beifall bei CDU und F.D.P.  
- Schumacher (Kall) (CDU): Schlimm ist das!)

Welche fatalen Folgen Unredlichkeit für die Demokratie haben kann, beweist zuletzt die besorgniserregend hohe Prozentzahl der Wahlbevölkerung, die sich an entscheidenden

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) Wahlen in jüngster Vergangenheit nicht mehr beteiligt hat. Wir alle haben dem Bundespräsidenten über jede Parteigrenze hinweg zugestimmt, als er über politische Kultur sprach und Orientierungsmaßstäbe für den Umgang miteinander nannte. Doch wie schnell gehen die meisten im Anschluß daran zur Tagesordnung über!

(Blumenberg (SPD): Das sieht man bei Herrn Stoltenberg!)

Ich glaube, das wird das Wesentlichste für uns alle sein, daß wir uns in unserem zukünftigen Tun nicht nur für vier Wochen an diese Erkenntnisse halten.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie es mich in aller Klarheit einmal sagen: Die Ereignisse im Zusammenhang mit der letzten Landtagswahl in Schleswig-Holstein, all das, was wir an bestürzenden Tatsachen jetzt nach und nach aus Kiel erfahren haben, haben mich nicht nur als Demokrat betroffen gemacht, sie haben mich auch als Christdemokrat bewegt. Unabhängig von allen anderen Verantwortlichkeiten und unabhängig davon, wer zu welchem Zeitpunkt bereits was gewußt hat - sie haben uns alle zutiefst beschämt.

In den Debatten der letzten Wochen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurde die Mitarbeit von F.D.P. und CDU massiv eingefordert. Ich glaube, in solchen Notlagen wie dieser Notlage des Landes Nordrhein-Westfalen müssen wir noch enger zusammenrücken.

(B)

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU - Schumacher (Kall) (CDU): Aber auch richtig!)

Ich glaube aber auch, daß wir uns dann solcher taktischen Spielchen enthalten sollten, wie sie im Vorfeld der geplanten gemeinsamen Stahlerklärung hier zu verzeichnen waren. Wir sollten aber auch nicht das wiederholen, was zu dem heutigen Antrag zur Begrüßung des Landtags zu der Entscheidung der Kohlerunde in Bonn passiert ist, auf das wir sicherlich nachher noch kommen werden, daß die Anträge zurückgezogen, wieder neu aufgelegt werden und wir im Grunde genommen wegen Nichtigkeiten eventuell nicht zu dem kommen, was zwingend erforderlich ist, daß nämlich dieser Landtag, vor allem aber auch diese Landesregierung sich hinter diese Entscheidung in der Kohlerunde stellen, damit sie auch zum Beispiel der IG Bergbau den Rücken stärken in dem ganz schwierigen Anpassungsprozeß, vor dem sie steht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich wünschte mir ein einheitliches Konzept der Landesregierung gerade im Einfordern der Mitverantwortlichkeit der Oppositionsfraktionen. Statt dessen sagt Minister Jochimsen: Den Wunschtraum der Opposition, mitzuregieren, werden wir nicht akzeptieren.

(C)

Herr Rau, der Umgang zwischen Regierung und Opposition ist auch dann nicht mehr redlich, wenn Sie uns zwar über Bonn in Mithaft nehmen wollen, mehr Hilfen für Nordrhein-Westfalen freizubekommen, uns aber hier im Lande kategorisch verweigern, die von Ihnen angestrebten Hilfen sauber mitzubereiten. Mehr wollen wir gar nicht!

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Aber das wollen wir, und darauf bestehen wir, beide Oppositionsfraktionen.

Wir haben alle das Strategiepapier von Herrn Leister und Ihre Rede, Herr Ministerpräsident, vor der SPD-Fraktion in Gelsenkirchen eingehend analysiert. Wie sagte doch Herr Leister?

Wir müssen weiter einfordern die Solidarität des Bundes und der anderen Länder, nicht zuletzt zur Vermeidung von Schäden für die gesamte Republik.

Sie verlangen - Artikel 104 a Abs. 4 Grundgesetz - auch Hilfen von Bonn. Das heißt, Sie verlangen die Finanzierung von Investitionen für Städte und Gemeinden. Aber glauben Sie allen Ernstes, Herr Ministerpräsident, daß die Probleme des Landes nur über den Finanzierungsweg, der sich aus dem Grundgesetz ergibt, gelöst werden könnten? Brauchen wir nicht vielmehr zusätzlich den Einfallsreichtum und vor allen Dingen die Initiative Privater, die bei uns die größten Investitionen leisten?

(D)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir beißen uns hier ja oft fest an der angeblichen öffentlichen Armut, an der mangelnden Investitionsfähigkeit von Städten und Gemeinden. Sie wissen genausogut wie ich, daß praktisch nur 16 % der Investitionen von den öffentlichen Haushalten geleistet werden, 84 % von Privaten; und wenn da das Klima nicht stimmt, können Sie alles andere, was Sie an Sonderprogrammen auflegen, vergessen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Wenn wir - jedenfalls die Oppositionsfraktionen - so für die Vermehrung privater

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) Investitionen eintreten, dann brauchen wir hier im Land ein Klima, das dem gerecht wird. Das ist die entscheidende Größe. Herr Ministerpräsident, das sehen Sie aus allen Umfragen. Helmut Schmidt hat einmal völlig zu Recht gesagt: Mehr als 50 % der Wirtschaftspolitik sind Psychologie, sind Klima. Wir sollten uns wirklich darüber unterhalten, was unterlassen werden muß, um Nordrhein-Westfalen klimatisch endlich attraktiv zu machen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn wir auch ein entsprechendes Verhandlungsklima in Richtung Bonn brauchen, können wir dem auch nur mit einer redlichen Argumentation gerecht werden. Tatsächlich greifen Sie, Herr Ministerpräsident, und Ihre Kolleginnen und Kollegen in der Regierung pausenlos an, und zwar wegen der Energiepolitik, der Strukturpolitik, der Sozialpolitik oder auch der Steuerreform, frei nach dem Motto: Hoffentlich wird niemand im Lande es merken, daß ich, Johannes Rau, noch vor zwei Jahren genau die politischen Entscheidungen selber treffen wollte, für die ich heute die Bundesregierung kritisiere!

(Beifall bei der CDU)

(B) Ich versuche, das auch nachzuweisen. Sie haben doch sicherlich nicht vergessen, Herr Ministerpräsident, daß Sie als Spitzenkandidat Ihrer Partei im Bundestagswahlkampf vorgebracht haben, daß auch Sie eine Steuerreform genau in dem Volumen wie die ersten beiden Stufen 1986 und 1988 haben wollten. Daß Sie dann, weil Sie Opposition sind, hinzufügen, daß Sie alles gerechter machen würden, das buchen wir einmal unter "Nettigkeiten" ab. Aber Sie haben gesagt: Genau die beiden Stufen will ich in dieser Höhe.

(Dr. Pohl (CDU): Das hat der Apel ihm vorgeschrieben!)

Haben Sie Ihr Interview im Kölner "Express" vergessen, wonach Sie im Falle Ihrer Wahl zum Bundeskanzler die wichtigsten sozialpolitischen Entscheidungen wieder rückgängig machen wollten, ohne zu sagen, wie das zu finanzieren sei?

(Schauerte (CDU): Da hat sich Herr Posser erschrocken!)

Herr Rau, Sie sollten zugeben: Im ständigen Miesmachen der Politik der Bundesregierung liegt nicht der Schlüssel zu dringend notwendigen Hilfen für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- (C) Wollen Sie wirklich im Kampf gegen Bonn all das vergessen, was Sie als Kanzlerkandidat versprochen haben? Glauben Sie, die schrillen parteipolitischen Töne aus Düsseldorf würden in Bonn mit zur Harmonie beitragen?

(Aigner (SPD): Einen Canossagang hätten Sie gern!)

Meinen Sie nicht, ein wenig mehr Gelassenheit könnte den Menschen unseres Landes besser dienen? - Herr Kollege Aigner, das ist entlarvend, was Sie gerade gesagt haben: "Canossagang"! Das ist nämlich genau Ihre Politik: Sie haben Angst davor, daß irgend einem im Land Ihre Verantwortlichkeit während der letzten zehn Jahre deutlich wird.

(Beifall bei der CDU - Aigner (SPD): Wir fordern Rechte ein, keine Almosen!)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Linssen, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Trinius zu?

(Dr. Linssen (CDU): Bitte schön!)

- Bitte sehr!

Trinius\*) (SPD): Herr Kollege Linssen, glauben Sie wirklich, daß das Klima zwischen Bonn und Nordrhein-Westfalen beeinträchtigt werden kann, wenn das Land Nordrhein-Westfalen die Koalition in Bonn an das erinnert, was das Bundesverfassungsgericht als grundgesetzliche Pflicht der Bundesregierung festgelegt hat?

(D)

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Dr. Linssen (CDU): Über den Artikel 104 a GG haben wir uns hier immer einvernehmlich unterhalten. Nicht das ist doch mein Kritikpunkt. Ich habe doch die Felder aufgeführt, auf denen Sie dauernd gegen Bonn anlaufen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie, warum ich von dem Ergebnis der Kohlerunde so begeistert bin? Weil es nämlich trotz Ihres Widerstandes in Sachen Kernenergie, den Sie ja nicht zurückgenommen haben, gelungen ist, die anderen Bundesländer zu dieser Solidaritätserklärung zu bewegen,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

obwohl im Grunde genommen der Ministerpräsident dieses Landes, der die Verantwortung für die Arbeitsplätze auch bei der Kohle in diesem Lande trägt, sich nicht gegen Herrn Lafontaine hat durchsetzen können, um

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) schließlich eine Politik aus den Interessen dieses Landes heraus zu machen.

(Erneut Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, Herr Lafontaine hat einen Brief an den Landesvorsitzenden Blüm geschrieben, in dem er zur Kohle Stellung genommen hat. Ich glaube nicht, daß Sie diesen Brief so mittragen können. Aber Sie sind nicht in der Lage, innerhalb der SPD endlich einmal in Sachen Energiepolitik Klartext zu reden.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Dr. Pohl (CDU): Das hat er schon in München nicht fertiggebracht, bei der Kaminrunde!)

Wie redlich, Herr Ministerpräsident, ist Ihre Forderung gegenüber Bonn, wenn Sie selbst im Lande Nordrhein-Westfalen in Wahrheit eine Entschuldung des Landesetats zu Lasten der Städte und Gemeinden betreiben?

Wenn es darum gehen muß, Kräfte von innen nach außen wirksam werden und ein Klima der Erneuerung stattfinden zu lassen, dann muß auch die Umfrage ernst genommen werden, die jüngst unter Führungskräften der deutschen Wirtschaft durchgeführt worden ist. Danach halten nur 7 % von über 1 000 befragten Wirtschaftsmanagern die Schulpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen für "eher gut", während 60 % bzw. 42 % dies den Ländern Bayern und Baden-Württemberg attestieren. Ich glaube, daß wir gerade auch in der Schulpolitik mehr den Aspekt sehen müssen: Wird Nordrhein-Westfalen dadurch attraktiv? Vielleicht gelingt es Ihnen, Herr Ministerpräsident - Sie machen zumindest hin und wieder Andeutungen -, zum Beispiel so Leuten wie Herrn Dammeyer klarzumachen, daß das eine ganz wesentliche Komponente ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Erhöhung der Nettoneuverschuldung in diesem Land ist - so die Aussage von Herrn Farthmann - ein Spiel mit dem Feuer. Wir sagen ein klares Nein zu einer Erhöhung der Nettoneuverschuldung. Wir wissen, daß wir uns dann sämtlicher Spielräume begeben.

Unser Vorschlag zielt in eine andere Richtung: Wir sind der Meinung, daß wir dringend auch das Landesvermögen mit in die Betrachtung einbeziehen müssen, daß wir uns darüber Gedanken machen müssen, auch unorthodoxe Wege der Finanzierung zu gehen.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Warum ist es unbedingt erforderlich, daß wir alle Ent-

sorgungseinrichtungen dieses Landes als öffentliche Hände selbst finanzieren? Kann man nicht zum Beispiel auch bei der Krankenhausfinanzierung, bei der wir seit Jahren vergeblich gegen Sie anrennen, auf andere Ideen kommen, wie wir Geld von Privaten mobilisieren und trotzdem die öffentliche Kontrolle gewährleisten?

(Beifall bei der CDU)

Herr Finanzminister, Sie haben sich heute leider nicht in den Chor der sicherlich sehr verdienten Finanzhüter eingereiht. Ich will einige zitieren. Karl Schiller hat seinerzeit bei seinem Abschied gesagt: Genossen, laßt die Tassen im Schrank! Alex Möller: Diese Finanzpolitik muß im Chaos enden. Hans Otto Bäumler spricht vom Staatsnotstand und fordert eine Allparteienregierung.

Herr Ministerpräsident, wollen Sie wirklich den abschüssigen Weg sozialdemokratischer Finanzpolitik weitergehen, oder haben Sie endlich den Mut, diese Schußfahrt in den finanziellen Zusammenbruch zu verändern?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wollen Sie weiter Beschäftigungsprogramme fordern, obwohl es doch schon 17 Programme unter Helmut Schmidt mit 51 Milliarden DM gegeben hat,

(Aigner (SPD): Weniger Arbeitslosigkeit!)

die die Probleme des Arbeitsmarkts in keiner Weise gelöst haben - sie sind ständig angestiegen, Herr Kollege Aigner -, die im Gegenteil zu einer Million zusätzlicher Arbeitslosen geführt haben.

Das gleiche gilt für Ihre Ruhrgebietsprogramme. Schauen Sie sich die Ruhrgebietsprogramme in der Vergangenheit an. Warum werden die dem Landtag schon seit Jahren vorliegenden Erkenntnisse über die Unwirksamkeit dieser Programme nicht endlich vorgelegt, diskutiert und in das Regierungshandeln übernommen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Aigner (SPD): Wer ist denn hier Bundesarbeitsminister; wie heißt er denn?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es würde reizen, die Ausführungen des Finanzministers zum Gemeindefinanzierungsgesetz hier näher zu erläutern. Wenn man, wie diese Landesregierung, den Städten und Gemeinden im Zeitraum von 1982 bis 1988 15,5 Milliar-

(C)

(D)

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) den DM entzieht, dann, meine ich, hat man jedes Recht verloren, kleine Einbußen beim Steuerzuwachs 1990 überhaupt zu kritisieren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- Ich sehe, die Redezeit ist beendet; ich glaube, es gibt andere Vereinbarungen, Herr Präsident.

(Aigner (SPD): Er hat auch genug Unsinn geredet! Es wird Zeit, daß er zum Schluß kommt!)

Herr Ministerpräsident, ich meine, wir sollten vielleicht gemeinsam - wenn Sie dazu in der Lage sind - darüber nachdenken, ob wir nicht die Wirtschaftsförderung dieses Landes nun endlich einmal bündeln, so wie Franz Meyers das seinerzeit getan hat. Wir müssen endlich eine Anlaufstelle für Unternehmen schaffen.

Herr Farthmann, warum können Sie sich nicht in dieser Angelegenheit durchsetzen? Sie haben selber gesagt: Unternehmen kommen sich in diesem Lande teilweise wie Bittsteller vor. Dann sorgen Sie doch einmal mit der Mehrheit Ihrer Fraktion dafür, daß es geändert wird!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- (B) Ich glaube, der Ministerpräsident sollte sich gerade die Wirtschaftsförderung, die Bewältigung des Strukturwandels zur Chefsache machen und sich selber an die Spitze einer Veränderung in diesem von der Bürokratie völlig verkrusteten Bereich setzen.

Herr Ministerpräsident, zur redlichen Auseinandersetzung gehört, daß Sie über Ihre Fachbürokratie einmal in Mark und Pfennig ausrechnen lassen, wieviel Entlastung die Maßnahmen der Bundesregierung, nämlich Verlängerung des Arbeitslosengeldes, Wiedereinführung des Kindergeldes für junge Arbeitslose, berufliche Qualifizierung, Erhöhung des Wohngeldes um 30 %, gerade den so schwer belasteten Städten und Gemeinden gebracht haben.

Wenn wir fair miteinander umgingen, würden wir vortragen, wieviel die Städte und Gemeinden allein von den Zinsreduzierungen in der Bundesrepublik Deutschland profitiert haben, genauso wie Sie davon profitiert haben. Denn das Land wäre heute schon pleite, wenn wir noch die Zinsen von 1982 hätten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(C) Welche Vorteile hat denn für die Investitionen von Städten und Gemeinden, von allen öffentlichen Haushalten die Tatsache gehabt, daß wir seit Jahren keine Inflation mehr haben? Einen besseren Beitrag für die Investitionsfähigkeit kann man sich doch überhaupt nicht mehr denken.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben, gerade um die Wirtschaftsstruktur in diesem Lande zu verbessern, das Modell einer Landesstrukturbank vorgestellt. Gerade unser Fraktionsvorsitzender hat Ihnen dieses Modell mit großer Eindringlichkeit mittlerweile seit Jahren vorgetragen. Warum, meine Damen und Herren aus den Regierungsbänken, dauert in diesem Lande alles so lange? Sie werden jetzt etwas ähnliches machen; wir wissen, daß Sie so etwas in Vorbereitung haben. Warum brauchen Sie so lange für die Entscheidungen? Wir können uns in einer so schnell wachsenden und sich verändernden Volkswirtschaft Schlafmützigkeit beim besten Willen nicht mehr leisten.

(Beifall bei der CDU)

Denn gerade das, was wir bei modernen Technologien erlebt haben, zeigt doch, daß wir Jahre mit Diskussionen verbracht haben, jetzt doch das tun, was andere Länder auch tun, aber eben Jahre hinterherhinken. Da muß man sich nicht wundern, wenn manche Investitionsentscheidungen eben nicht zugunsten des Landes Nordrhein-Westfalen laufen.

(D)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen vor allen Dingen eine entscheidungsfreudige Regierung, die geeignete Persönlichkeiten auswählt, um die Wirtschaftsstruktur nach vorne zu bringen, sie mit den geeigneten Instrumentarien ausstattet, ohne ideologische Voreingenommenheit unkonventionelle Wege geht, damit auch die bedrohten Regionen unseres Landes wieder neue Hoffnungen bekommen, damit Kräfte angeregt werden, mit denen sich unser Land den Herausforderungen stellen kann, damit auch Bonn sieht, daß in Nordrhein-Westfalen selbst Kraftanstrengungen unternommen werden, um unsere Probleme auch aus eigener Kraft einer Lösung zuzuführen.

Ich meine, das Sprichwort "Not macht erfinderisch" hätte heute dazu führen müssen, daß Herr Posser Signale für diese Zukunftsbe-  
wältigung gesetzt hätte.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Wir, die Bevölkerung des Landes Nordrhein-Westfalen, warten bis zur Stunde vergeblich

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) darauf, daß diese Landesregierung erfinderisch wird. Ja, sie ist erfinderisch in der Schuldzuweisung.

(Zuruf von der SPD: Dazu braucht man nicht erfinderisch zu sein. - Schauerte (CDU): Darin sind sie Weltmeister!)

Um das nachzuvollziehen, brauchen wir nur die Kabinettsprotokolle herauszusuchen.

Herr Ministerpräsident, wir lehnen diesen Haushalt 1988 ab, weil in ihm keine Zeichen der Erneuerung erkennbar sind, nichts zur Stärkung der Familie, nichts zum Schutz des ungeborenen Lebens, nichts zur Erhaltung der Vielfalt unseres Bildungswesens, nichts an Signal für die im Strukturwandel sich befindenden Industrieregionen, nichts an Bereitschaft, den für Nordrhein-Westfalen schädlichen Kampf mit Bonn zu beenden, nichts an Verlässlichkeit bei der Verteilung des Steueraufkommens zwischen Land und Gemeinden. Die Welle der Erneuerung wird nur dann alle Teile unseres Landes erreichen, wenn sie durch eine Landesregierung ausgelöst wird, die Ideen hat, die führt und dann auch entscheidet.

(Langanhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Abg. Dr. Farthmann das Wort.

(B)

Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nicht ohne ein gewisses Amusement habe ich beobachten können, daß sich fast alle Redner in dieser Haushaltsdebatte gegen das Schwarze-Peter-Spiel verwahrten, um es aber im selben Augenblick fortzusetzen.

(Zustimmung bei der SPD - Aigner (SPD): Nur Diether Posser nicht!)

Wenn wir diese Vorgehensweise schon kritisieren und dabei redlich sind, dann müssen wir uns auch darüber im klaren sein, daß wir das Schwarze-Peter-Spiel auch in beiden Richtungen als solches bezeichnen müssen. Und wenn wir weiterhin redlich sind, müssen wir ehrlicherweise zugeben, daß es nie anders gewesen ist. Bis zur Wende haben natürlich wir als Sozialdemokraten versucht, die Bonner Regierungspolitik zu verteidigen, heute versuchen wir, sie zu kritisieren; bei Ihnen ist es umgekehrt.

(Zuruf von der CDU: Bei dem Versuch bleibt es auch!)

Diese Schablonen helfen uns nicht weiter. Lassen Sie uns deswegen doch auf die tatsächlichen Ereignisse, die Maßnahmen und die wirklichen Entwicklungen zurückkommen.

(C)

Was das Miteinander anbetrifft, so ist es auch immer schön, es - wie Herr Dr. Linssen es getan hat - einzufordern. Nur dann gehört dazu auch, Herr Dr. Linssen, daß man nicht alles, was die andere Seite im Sinne des Miteinanders versucht, als taktisches Spiel abtut. Das ist nicht in Ordnung!

(Zustimmung bei der SPD)

Bei der Stahldebatte - erster Teil - war ich in persona dabei und habe mich selbst bemüht. Ich kann nur betonen, daß dies nichts mit taktischem Spiel zu tun hatte. Ich wollte Ihnen wirklich so weit wie möglich entgegenkommen.

(Dr. Linssen (CDU): Ich meine auch nicht Sie! - Zustimmendes Kopfnicken des Abg. Hardt (CDU))

- Nein, nein, das können Sie damit nicht abtun, denn ich habe mich wohl darüber unterrichten lassen, daß Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, einen Punkt nach dem anderen aufgesattelt haben und immer dann, wenn dieses Problem ausgeräumt war, einen weiteren Punkt hinzugefügt haben. Sie haben sich nicht auf Ihre eigenen Formulierungen festnageln lassen, denn dann wäre die Entschließung sofort über die Bühne gegangen.

(D)

(Zustimmung bei der SPD - Hardt (CDU): Das stimmt nicht!)

Noch ein Wort zur Haushaltspolitik und deren eigentlichem Kern: Daß wir heute in einer finanziellen Misere sind, daß wir uns in der Stunde der finanziellen Not befinden, wie ich gesagt habe - und dazu stehe ich auch hier und heute noch -, kann man natürlich zumindest theoretisch auch auf die Ausgabenpolitik zurückführen. Ihr Versuch, das besonders herauszustellen, liegt in der Natur der Sache.

Nur, wenn Sie ehrlich sind und wir gemeinsam durchforsten würden, was wir alle, Sie aus Ihrer und wir aus unserer Sicht, haushaltswirksam gefordert, beantragt und diskutiert haben, dann garantiere ich Ihnen, zeigten sich zwischen dem, wie es jetzt ist, und dem, wie es gekommen wäre, wenn Sie das Sagen gehabt hätten, lediglich minimale Unterschiede - eher mit einer Tendenz dahin, daß die Ausgaben bei Ihnen noch höher gelegen hätten. Das will ich Ihnen aber nicht vorhalten, weil es selbstverständlich damit

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) zusammenhängt, daß man als Opposition eher Forderungen stellt und sich über deren Haushaltswirksamkeit nicht ganz so viele Sorgen macht als wenn man in der Regierungsverantwortung steht. Aber anzunehmen und zu behaupten, unser Schuldenstand von fast 100 Milliarden DM hätte sich durch irgendeine haushaltspolitische Alternative wesentlich verändert, ist eine pure Illusion und bedeutet, den Leuten Sand in die Augen zu streuen.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir wissen doch, wie notwendig unsere Ausgaben sind. Wenn wir die Zeit hätten, wäre ich gerne bereit, mit Ihnen jeden einzelnen Punkt durchzugehen und Sie zu bitten, durch Zuruf kundzutun, welche Ausgabe Sie für überflüssig oder kürzungsbedürftig hielten. Dann wäre es hier im Saal ganz still, meine Damen und Herren!

Wir sollten uns auf das konzentrieren, von dem wirklich die wirtschaftliche und finanzpolitische Entwicklung unseres Landes abhängt. Es besteht doch kein Zweifel daran, daß, wer auch immer in Bonn das Sagen hat, unsere finanzielle und wirtschaftliche Lage von der bundesweiten Wirtschaftspolitik einerseits und von der Steuerpolitik andererseits abhängt. Diese gehört nun einmal zur Kompetenz des Bundes und wird in Bonn gemacht. Daß das Verhalten der Bundesregierung in diesem Bereich dann gelegentlich - vielleicht sogar erstrangig - kritisiert werden muß, das ist so sicher, wie es nicht sicherer sein könnte.

(B)

Unser Land, das wissen wir alle, steht vor schweren Herausforderungen, vielleicht sogar vor der schwersten Herausforderung in seiner Geschichte. Ich habe jedenfalls den sicheren Eindruck, daß die heutigen Schwierigkeiten die Kohlekrise des Jahres 1966 noch deutlich in den Schatten stellen.

Rechnet man die drohenden Arbeitsplatzverluste in den beiden direkt betroffenen Montanbereichen zusammen, so kommt man auf die erschreckende Zahl von 65 000 Arbeitsplätzen. Hinzuzählen muß man dann noch, wie wir alle wissen, die indirekt Betroffenen, also vor allem die Beschäftigten aus den Zuliefererbetrieben. Wenn man ehrlich sein will, muß man auch diejenigen hinzurechnen, die in Handel und Handwerk von den Lohneinkünften der Leute abhängig sind, die in den betroffenen Regionen wohnen.

Unter diesen Umständen erscheint, wie die "Stuttgarter Zeitung" am vorletzten Wochenende geschrieben hat, "die noch vor gar

nicht langer Zeit als Horrorzahl abqualifizierte Zahl von 100 000 gefährdeten Arbeitsplätzen in den Montanrevieren inzwischen als stark untertrieben". Das ist die Situation.

(C)

Dies bestätigt meine Befürchtungen - da brauche ich mich nun wirklich nicht zu verstecken -, die ich in diesem Jahr und auch an dieser Stelle bereits mehrfach öffentlich geäußert habe. Es gibt auch keinen Zweifel daran, daß die Bundesregierung - ich will es ganz vorsichtig sagen - zumindest lange Zeit so getan hat, als ob die Montankrise auf einem anderen Stern stattfände und als ob sie überhaupt nichts damit zu tun hätte. Als dann im Frühjahr dieses Jahres der Bundesarbeitsminister Landesvorsitzender der CDU in Nordrhein-Westfalen wurde, hörte man von ihm zunächst zwar flotte Sprüche, aber auch nichts weiter, und diese standen im bemerkenswerten Gegensatz zu dem, was der Bundeswirtschaftsminister verlauten ließ, und vor allem zu dem, was die Bundesregierung tatsächlich getan hat.

(Beifall bei der SPD)

Erfreulicherweise - das sage ich heute nachmittag auch wirklich gerne - gibt es seit einigen Tagen erste Anzeichen dafür, daß sich diese Einstellung ändern könnte

(Aigner (SPD): Muffensausen!)

und daß auch die Bundesregierung zu einem Umdenken bereit sein könnte. Ich würde es sehr begrüßen, wenn das fortschritte.

(D)

Das alles ereignet sich allerdings vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen Zukunft der Bundesrepublik, die im Augenblick eher als düster bezeichnet werden muß.

(Schauerte (CDU): Das meint ihr!)

- Ich werde versuchen, es gleich deutlich zu machen.

(Schauerte (CDU): Zuversicht!)

- Mal langsam!

Am 19. Oktober - das wissen Sie alle - stürzten die Aktien tiefer in den Keller als am sogenannten Schwarzen Freitag des Jahres 1929, der damals, wie bekannt, den Beginn der großen Depression der dreißiger Jahre markierte. Mit diesem Börsenkrach ist zumindest für jedermann erkennbar geworden, daß weltweit eine Wirtschaftspolitik gescheitert ist - ich rede jetzt gar nicht von der Bundesrepublik -, die vor mehr als einem Jahrzehnt mit hohem wissenschaftlichem Anspruch



(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) gefeiert worden ist und die allgemein als angebotsorientierte Wirtschaftspolitik bekanntgeworden und in die Diskussion eingegangen ist.

(Beifall bei der SPD - Dr. Linssen (CDU): Das ist nur die Verschuldung in Amerika, nichts mit "angebotsorientiert"!)

Sie ist gescheitert, und das will ich Ihnen heute gern nachzuweisen versuchen.

(Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

- Ich komme darauf, Herr Linssen. Nicht so schnell! Lassen Sie mich doch wirklich einmal versuchen, den Gedanken auszuführen. Gerade aus Anlaß einer dritten Lesung sollte man versuchen, einmal über das Tagesgeschäft hinauszukommen.

Diese Angebotsökonomie - daran will ich erinnern - erhob damals den Anspruch, mehr Wachstum, mehr Beschäftigung, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, mehr Preisstabilität und weniger Staatsverschuldung zu erreichen. Reagen aus den USA und Frau Thatcher in England waren die Vorreiter dieser Wirtschaftspolitik. 1982 trat dann in Bonn die neue Bundesregierung ausdrücklich mit der Ankündigung an, ihre Wirtschaftspolitik nach englischem und amerikanischem Vorbild auszurichten,

- (B) (Dr. Linssen (CDU): Das stimmt doch gar nicht!)

und landauf, landab wurde den Menschen in der Folgezeit eingeredet

(Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

- hören Sie zu! So haben wir es doch noch in den Ohren, Herr Linssen -, es würde alles besser, wenn die Wirtschaftspolitik der simplen Formel folge: Weniger Staat und weniger Steuern gleich mehr Gewinne gleich mehr Investitionen gleich mehr Beschäftigung. - Das haben wir doch alles noch in den Ohren. Das ist wortgetreu das, was uns eingetrommelt worden ist.

(Dr. Linssen (CDU): Über diesen Teil können wir auch reden, aber nicht über den anderen!)

Nach diesem Strickmuster ist dann auch in der Bundesrepublik ab 1982 die Wirtschaftspolitik gestaltet worden. Sie hat für einen Rückzug des Staates aus der Wirtschafts- und Strukturpolitik gesorgt. Die sogenannte Staatsquote ist inzwischen von 51,6 Prozent

im Jahre 1981 auf 46,7 Prozent im Jahre 1986 gesunken. (C)

(Bravo! und Beifall bei der CDU)

Wenn Sie da "bravo" rufen, meine Damen und Herren, müssen Sie wissen, daß zwei Drittel aller Umweltinvestitionen von der öffentlichen Hand in Auftrag gegeben werden und damit in die Staatsquote eingehen,

(Dr. Linssen (CDU): Wir hatten ein Beispiel genannt!)

dann müssen Sie wissen, daß Sie "bravo" rufen für die Verrottung unserer Kanalisationen und für die unterlassenen Krankenhausinvestitionen. Jawohl, so ist es!

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Dr. Linssen (CDU): Das stimmt nicht! - Abg. Dr. Linssen (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Verhaken Sie sich nicht dabei! Ich will den Satz sowieso erst zuende führen, Herr Linssen. - Denn das ist genau das, was Anstieg und Absinken der Staatsquote ausmacht. Der Anteil, den die öffentlichen Bediensteten an der Staatsquote ausmachen, ist sowieso nicht bewegbar, weder durch Sie noch durch uns.

(Schauerte (CDU): Das ist der bedeutend größere Anteil!)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Linssen zu? (D)

(Dr. Farthmann (SPD): Ja, sicher!)

- Bitte!

Dr. Linssen (CDU): Herr Kollege Farthmann, würden Sie mir zustimmen, wenn ich festhalte, daß allein durch diese Wirtschaftspolitik auch das Land Nordrhein-Westfalen endlich mehr Steuereinnahmen bekommen hat, um daraus genau diese öffentlichen Investitionen zu finanzieren?

(Beifall bei der CDU)

Dr. Farthmann (SPD): Zu den Steuern, Herr Linssen, sage ich Ihnen gleich etwas. Das hat, glaube ich, auch nichts mit der Bemerkung zu tun, die ich gerade gemacht habe.

Die Staatsquote ist abgesunken,

(Schauerte (CDU): Gott sei Dank!)

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) auf Kosten öffentlicher Investitionen. Sie hat neue Arbeitslosigkeit erzeugt. Wer den Zusammenhang nicht kennt, muß das einmal nachlesen; ich kann es nicht ändern.

(Beifall bei der SPD)

Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Die Steuern, meine Damen und Herren, - damit komme ich zu diesem Punkt -, wurden radikal gesenkt. Jetzt hören Sie gut zu: Dadurch verminderten sich und vermindern sich die Steuereinnahmen in den Jahren 1985 bis 1990 bundesweit um rund 170 Milliarden DM.

(Schauerte (CDU): Weniger Zuwachs! Sagen Sie das bitte dabei! - Dr. Linssen (CDU): Wie hoch ist der Zuwachs?)

- Ja sicher, Herr Schauerte. Aber wir müssen doch eines berücksichtigen - ich ärgere mich immer über diese Argumente, weil sie wirklich völlig danebenliegen -: Es besteht doch kein Zweifel daran, daß sich die Tarifierhebungen für den öffentlichen Dienst nicht an unseren Steuereingängen orientieren. Sie liegen immer höher als die normalen Steuereinnahmen. So gesehen sind wir doch darauf angewiesen, daß die Steuereinnahmen etwas steigen. Sonst können wir die öffentlich Bediensteten gar nicht bezahlen. Das gilt in den Gemeinden, in den Ländern und im Bund. Es hat doch keinen Zweck, sich darüber zu streiten.

- (B) (Dr. Linssen (CDU): Aber 1981 und 1982 bekamen sie nicht mehr!)

Ich stelle fest, es wäre bei über 2 Millionen Arbeitslosen besser gewesen, diese 170 Milliarden DM Steuergewinne für öffentliche Investitionen auszugeben an- statt für Steuersenkungen; das ist meine eindeutige Meinung.

(Beifall bei der SPD)

Nächster Punkt! Die Unternehmergewinne sind seit 1983 explosionsartig gestiegen. Die Nettogewinne lagen 1986 um fast 150 Milliarden DM oder um 60 % - 60 %! - höher als 1982.

(Hört, hört! bei der SPD)

Die Folge davon ist, daß die Einnahmen aus unselbständiger Tätigkeit - die sogenannten Arbeitnehmerinkommen - von 67,5 % im Jahre 1981 auf 56,9 % im Jahre 1987 gesunken sind.

(Zurufe von der SPD: Schlimm!)

- (C) Gleichzeitig sind die Gewinne aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von 32,7 % im Jahre 1981 auf 43,1 % im Jahre 1987 angestiegen.

(Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU) - Gegenruf des Abg. Aigner (SPD))

Das heißt im Klartext: Die Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer und zu- gunsten der Unternehmer hat sich in unserer Gesellschaft fortgesetzt.

(Zurufe der Abgeordneten Schauerte, von Unger und Mietz (CDU))

- Das mögen Sie ja für richtig halten; dann ist es wenigstens eine redliche Diskussion. Aber die Tatsache als solche ist nicht zu bestreiten.

(Zustimmung bei der SPD - Aigner (SPD): Richtig! - Gegenrufe der Abgeordneten von Unger und Schauerte (CDU))

Das Ergebnis dieser Wirtschaftspolitik hat der Aachener Wirtschaftsprofessor Zinn als das "Regime der Habgier" bezeichnet. Die Folgen dieser Politik sind verheerend. Hätten wir wenigstens gute Ergebnisse der genannten Entwicklung gehabt, ließe sich ja noch über alles reden. Aber lassen Sie uns doch einmal bilanzieren: Selbst in den fünf Aufschwungjahren seit 1983, die wir hinter uns haben, hat es in keinem einzigen Jahr soviel Wirtschaftswachstum gegeben, daß eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt eintrat,

(D)

(Aigner (SPD): Das kann ja auch nicht sein.)

sondern es wurde eher noch schlimmer!

(Zuruf des Abg. Wickel (F.D.P.))

- Das werde ich gleich erklären; Herr Wickel, ich hoffe, Sie werden das dann auch anhören.

(Schauerte (CDU): Und die Schaffung der Arbeitsplätze?)

Für die das kommende Jahr rechnet die OECD mit einer Zunahme des realen Bruttosozialprodukts - Herr Dr. Linssen hat das im Grunde auch schon bestätigt - von allenfalls 1,5 %; er hat sich etwas vorsichtiger ausgedrückt: von 1 bis 2 %. Was auch immer eintritt, Herr Linssen, es wird auf den Arbeitsmarkt negative Auswirkungen haben, keine positiven.

(von Unger (CDU): Das ist immer noch mehr, als Sie erreicht haben!)

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Denn die 1,5 bis 2 % stehen ja einem Anstieg der Arbeitsproduktivität von mindestens 3 % gegenüber; das bedeutet unter dem Strich weniger Arbeitsplätze, als wir vorher hatten.

Meine Damen und Herren, nun kommt der entscheidende Punkt! Die Unternehmen und die Banken haben nämlich mit ihrem enorm angewachsenen Kapital - das sie aufgrund dieser Politik ja bekommen haben - nicht das getan, was sie nach der Theorie der konservativen Wirtschaftspolitik machen sollten, nämlich zu investieren; sie haben das Geld also nicht zu Investitionen genutzt, sondern haben es in großem Umfang im Ausland angelegt. Das ist doch das Faktum!

(Wickel (F.D.P.): Aber warum haben sie denn das getan, Herr Farthmann?)

- Na, fragen Sie sie doch einmal!

(Schauerte (CDU): Warum äußern Sie sich nicht?)

- Weil sie dort die größte Rendite bekommen haben, natürlich!

(Schauerte (CDU): Das können Sie sich nicht vorstellen! - Aigner (SPD): Bangemann fragen! - Weitere Zurufe von der SPD - Gegenrufe)

Wie neue Statistiken ausweisen, meine Damen und Herren,

- (B) (Lebhafte Zurufe von der CDU)

- hören Sie gut zu! -, ist die Differenz zwischen dem importierten Kapital - dem Geld, das vom Ausland in der Bundesrepublik angelegt wird - und dem exportierten Kapital - deutsches Kapital, das im Ausland angelegt wird - von 34 Millionen DM im Jahre 1985 auf 173 Milliarden DM im Jahre 1987, und damit auf das Fünftausendfache, angestiegen!

(Trinius (SPD): So ist das!)

Das bedeutet: Statt in Deutschland Arbeitsplätze zu schaffen, haben diese Kapitalakkumulationen dazu geführt, die amerikanische Politik kreditzufinanzieren; das ist das Ergebnis.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Dieser ungeheure Kapitalexport, verbunden mit der verheerenden Steuersenkungspolitik, hat - und da kommt die Stunde der Wahrheit! - eben die Investitionstätigkeit in der Bundesrepublik gerade nicht gesteigert, wie

(C) immer lauthals versprochen worden ist, sondern hat sie absacken lassen. Das ist der Punkt, auf den man die Leute hinweisen muß.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abg. Mietz (CDU))

Es wird heute weniger investiert, Herr Mietz, ob Sie es glauben oder nicht! Lesen Sie es nach; es steht im Statistischen Jahrbuch und auch im Sachverständigengutachten; es ist unstrittig: Es wird heute weniger investiert als zu der Zeit, als Helmut Schmidt abtrat.

(Mietz (CDU): Wie war das denn mit der Investitionssteuer?)

Wir hatten im Jahre 1980 eine gesamtwirtschaftliche Investitionsquote von 22,6 %; sie ist heute bei sage und schreibe 18,5 % angekommen.

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Aber warum denn?)

- Weil Sie die Wirtschaftspolitik machen, darum ist es so! Das ist doch mein Reden!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie müssen sich doch, meine Damen und Herren, gefälligst die zahlenmäßigen Folgen dieser Wirtschaftspolitik entgegenhalten lassen können!

(Schultz (SPD): Richtig!)

(D) Noch verheerender sieht es bei den öffentlichen Investitionen aus.

Präsident Denzer: Herr Dr. Farthmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Linssen?

(Dr. Farthmann (SPD): Bitte schön.)

- Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Linssen (CDU): Herr Kollege Farthmann, würden Sie mir darin zustimmen, daß eine Wirtschaftspolitik, die für Wachstum sorgt - entgegen Ihrer Politik damals, der Wirtschaftspolitik der in der SPD dafür Verantwortlichen, die ja dazu führte, daß man solche Begriffe wie "Minus-Wachstum" erfinden mußte -,

(Lebhafte Zurufe von der SPD: Fragen, fragen! - Weitere Zurufe - Unruhe)

daß eine solche wachstumsorientierte Politik gerade für den Landeshaushalt Nordrhein-

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) Westfalen tausendmal besser ist als das, was vorher war?

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Dr. Farthmann (SPD): Herr Linssen, was Sie da sagen, daß nämlich mehr Wachstum für unseren Haushalt richtig ist, wird doch überhaupt nicht bestritten. Was sollen diese Allerweltswisheiten, die keiner bestreitet, der seine fünf Sinne beisammen hat! Wir alle wären froh, wenn wir mehr Wachstum hätten. Hätten wir es nur! - Was ich Ihnen vorwerfe, ist, daß gerade diese Phase reicher Kapitalausstattung nicht zu Investitionen und damit zu Wachstum genutzt wird. Wir hätten mehr Wachstum haben können!

(Zustimmung bei der SPD)

Soeben hatte ich die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote genannt, die auch zurückgegangen ist. Noch verheerender aber sieht es bei den öffentlichen Investitionen aus. Seit dem Krisenjahr 1982 ist diese Quote von 11 % auf 9,9 % geschrumpft. Und wenn man dann die einzelnen öffentlichen Aggregate nimmt, kann man feststellen, daß die Investitionsquote aller Länder - die durchschnittliche Investitionsquote von "roten" und "schwarzen" Ländern - von 23,7 % im Jahre 1970 auf 16,4 % im Jahre 1986 abgesunken ist.

(Hardt (CDU): Und Nordrhein-Westfalen?)

(B)

- Wir sind da voll mit drin, aus den Gründen, die der Finanzminister eben genannt hat, natürlich; das geht ja auch gar nicht anders.

(Aigner (SPD): Die ändern aber auch!)

Bei den Gemeinden ist es noch schlimmer; da ist die Investitionsquote von 38,9 % im Jahre 1970 auf 25,6 % abgesackt. Der Bund hat inzwischen eine Investitionsquote von 12,6 %

(Schauerte (CDU): Plus Post und Bahn!)

und damit die niedrigste seit 1949,

(Schauerte (CDU): Plus Post und Bahn!)

ich wiederhole: die niedrigste Investitionsquote seit 1949!

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe - Unruhe)

Und das bei einer Wirtschaftspolitik, von der der CDU-Generalsekretär - das ist sozusagen

Ihr Vorgesetzter auf Bundesebene, Herr Linssen -, Herr Geißler, nach der "Wende" gesagt hat: Jetzt wird erst einmal richtig investiert! Es wird weniger investiert als vorher; das ist der Erfolg dieser hervorragenden Wirtschaftspolitik. (C)

(Schauerte (CDU): Das ist doch nicht wahr! Die Privatinvestitionen sind doch enorm gestiegen!)

- Ja, wenn Sie das nicht nachvollziehen können, was durch Zahlen so eindeutig belegt ist, Herr Schauerte, dann sollten Sie selbst überprüfen, woran es denn liegt.

(von Unger (CDU): Sie müßten die Zahlen differenzieren!)

Während die Investitionen sinken - das ist ja der Fall -, wächst die Arbeitslosigkeit ins Unerträgliche. Im Durchschnitt dieses Jahres sind 2,23 Millionen Männer und Frauen als Arbeitslose registriert. Von der "stillen Armee" wollen wir gar nicht reden. Das sind 400 000 mehr, als wir im Krisenjahr 1982 hatten. Für das kommende Jahr rechnet der Sachverständigenrat sogar mit einer weiteren Steigerung der Arbeitslosenzahl um 70 000. Die Kosten - und da kommen wir schon ganz konkret zu unserem Land - werden mehr und mehr auf die Kommunen abgewälzt.

(Schauerte (CDU): Von wem? Wer macht das denn?)

Für die Sozialhilfe mußten die Kommunen im vergangenen Jahr 24,4 Milliarden DM aufwenden. Ich weiß noch, wie Herr Dreyer, als ich noch als Arbeitsminister auf den Anfang dieser Entwicklung hinwies, das vehement bestritten hat. Das ist heute für jedermann offensichtlich. Der Hauptgrund der Bedürftigkeit ist - das können Sie bei jeder Kommune abfragen - die Dauerarbeitslosigkeit. (D)

Was mit der Deregulierung - so hat man das genannt; dann versteht der Bürger nicht sogleich, daß damit der Abbau seines sozialen Schutzes verbunden ist; so nennt man das dann vornehm -, was mit steuerpolitischer Belohnung der Spitzenverdiener - und daran haben Sie es ja auch nicht fehlen lassen -,

(Zuruf von der F.D.P.: Was soll der Quatsch!)

was mit ideologischen Streicheleinheiten für das Unternehmertum begann - dagegen hätte ich gar nichts, wenn es Erfolg gehabt hätte -, das endet heute mit einem Durchsacken der Konjunktur in der Bundesrepublik und - verbunden mit der Arbeitslosigkeit -

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) mit einer Verarmung von Millionen von Menschen.

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Linssen (CDU): Ihr könnt nur schwarzmalen!  
- Weitere Zurufe von der CDU)

- Ich habe nicht verstanden, was Sie sagen wollten, Herr Linssen, aber wenn Sie sich dagegen wehren, muß ich es noch einmal wiederholen: Wenn inzwischen, wie alle wissen, Millionen Bürger Sozialhilfeempfänger sind, dann leben sie unter der Armutsgrenze. So ist das nun einmal. Herr Geißler war doch derjenige, der das der Öffentlichkeit besonders bekanntgemacht hat, daß man alle die arm nennen muß und darf, die Sozialhilfeempfänger sind. Diese Erkenntnis verdanken wir doch Herrn Geißler. Und ich halte das für richtig und bin froh, daß er es uns allen ins Bewußtsein gerufen hat.

Meine Damen und Herren, die Unfähigkeit der Bundesregierung, auf den Börsenkrach, auf die amerikanische Haushaltskonsolidierung und auf die drohende Rezession zu reagieren, bringt jetzt selbst

(Zuruf des Abg. Mietz (CDU))

prominente Unternehmervvertreter auf die Barrikaden.

(Mietz (CDU): Das kann doch nicht wahr sein!)

- (B) BDI-Präsident Tyll Necker erklärte die Bundesregierung - mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich wörtlich - "zum Gefangenen ihrer Sprüche von gestern".

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!  
- Beifall bei der SPD)

Er stellte auch die Frage nach der Handlungsfähigkeit dieser Regierung.

(Zuruf des Abg. Mietz (CDU))

- Das müssen Sie sich einmal zu Gemüte führen, Herr Mietz! Das ist ja nicht unser Parteimann.

(Zuruf des Abg. Mietz (CDU))

BMW-Chef Herbert von Kuhnmann zeigte sich über die Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung fassungslos. Walter Seib, Chef der Commerzbank - wörtliches Zitat mit Erlaubnis des Präsidenten -: "Es fehlt an überzeugenden Konzeptionen in nahezu allen großen Problembereichen."

(Dr. Linssen (CDU): Ist das nicht ein Schwarze-Peter-Spiel, was Sie machen?)

- Ja, dann sagen Sie das doch Herrn Seib. (C)

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

Wolfgang Röllner, Chef der Dresdner Bank, fordert Führung, die Vertrauen schafft. Und Alfred Herrhausen, Chef der Deutschen Bank, fordert von der Bundesregierung - wörtlich zitiert mit Erlaubnis des Präsidenten - "unverzüglich eine klare und verantwortungsvolle Führung im Handeln". Deutlicher geht es doch nun wirklich nicht mehr.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

Meine Damen und Herren, um diesen Vorwürfen zu begegnen und um die berechtigten Forderungen der Amerikaner nach einer Stärkung der Binnenkonjunktur abzufangen, will die Bundesregierung jetzt endlich ein sogenanntes Konjunkturprogramm vorlegen. Ihre Meinung hat sich also geändert. Und das kann Ihnen noch so viel Spaß machen, Herr Linssen, sie ist auf unsere Linie eingeschwenkt. Wenn sie es nur bald täte!

(Dr. Linssen (CDU): Wir haben das Programm doch kritisiert!)

Angeboten werden allerdings nur zinsverbilligte Kredite im Gesamtvolumen von 21 Milliarden DM, so hat es die Bundesregierung angekündigt. Davon entfallen 15 Milliarden DM auf kommunale Investitionen und 6 Milliarden DM auf den Mittelstand. (D)

(Frau Friebe (SPD): Wer kann sich das leisten?)

Man muß hier ganz deutlich sagen: Die Ankündigung dieses Programms grenzt an Roßtäuscherei; denn es ist so getan worden, als ob ein Konjunkturprogramm von 21 Milliarden DM zur Diskussion stünde. In Wirklichkeit soll aber nicht der Bund 21 Milliarden DM investieren, sondern er verlangt dies von Kommunen und vom Mittelstand, und der Bund will selbst Zinssubventionen in Höhe von ganzen 200 Millionen DM dazuschießen.

(Schaufuß (SPD): Mogelpackung!)

Hinzu kommt - darauf hat vorhin die Frau Vizepräsidentin schon durch Zwischenruf hingewiesen -: Dieses Kreditprogramm wird an den Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und an den Kohle- und Stahlstandorten total vorbeigehen.

(Zuruf von der SPD: Richtig! - Zustimmung bei der SPD)

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Die durch Dauerarbeitslosigkeit finanziell ausgebluteten Städte des Reviers werden nicht in den Genuß dieses Programms kommen. Sie können keine Kredite mehr aufnehmen, meine Damen und Herren, weder teure noch billigere.

(Schauerte (CDU): Was ist denn bei ZIM?)

- Lenken Sie doch nicht so billig ab. Wir reden hier jetzt über etwas ganz Konkretes.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU)  
- Dr. Linssen (CDU): Wir reden auch über ZIM!)

Das sollten Sie sich einmal vor Augen führen.

(Weitere Zurufe von der CDU)

- Schlagen Sie Krach in Bonn, daß sich das ändert. Dann helfen Sie den Bürgern in den Städten an Rhein und Ruhr.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Statt dessen werden die Oberbürgermeister, so schätze ich, von Wolfsburg, von Stuttgart und von München die Hände aufhalten, um ohnehin geplante Maßnahmen jetzt kostengünstiger in die Wege leiten zu können. Das sind die Folgen dieses Programms.

- (B) Die Gemeinden von Nordrhein-Westfalen brauchen keine billigen Kredite, sondern sie brauchen

(Zuruf von mehreren Abgeordneten der CDU: Eine neue Landesregierung!)

direkte finanzielle Einnahmen.

(Zustimmung bei der SPD - Weitere Zurufe von der CDU)

Wir haben Ihnen doch nun tausendmal begründet, warum wir den Kommunen gern mehr geben würden und warum wir es gezwungenermaßen nicht können.

(Zuruf von der CDU)

- Dazu komme ich gleich. Das bekommen Sie alles noch vorgeführt. Seien Sie nicht so ungeduldig!

Zu diesem Zweck - das ist mein Vorschlag - müßte der Bund zumindest die Gemeinden von den finanziellen Lasten der Dauerarbeitslosigkeit befreien. Wenn das schon einmal geschähe, wären wir einen Schritt weiter!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Außerdem ist es dringend nötig, die Einnahmesituation der Gemeinden zu verbessern, und zwar durch zwei Schritte: erstens durch einen Verzicht auf die geplanten Steuer-senkungen

(C)

(Schauerte (CDU): Verbundsatz!)

und zweitens durch eine bessere Finanzausstattung des Landes, das nämlich den Verbundsatz auf dem Hintergrund seines Könnens bestimmt und bestimmen muß.

Damit kommen wir zu den Leistungen des Bundes! Denn Nordrhein-Westfalen - ich kann Ihnen nicht ersparen, das Ihnen und der Öffentlichkeit noch einmal vorzuführen - wird im bundesstaatlichen Finanzausgleich seit Jahren in verfassungswidriger Weise benachteiligt.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

In wirklich skandalöser Weise wird unser Land in jedem Jahr um Hunderte von Millionen Mark gebracht.

(Aigner (SPD): Betrogen!)

Weil sich der Bundesfinanzminister offenbar die Zustimmung des Landes Niedersachsen zu seinen Steuersenkungsplänen erkaufen wollte, hat er seine Beamten angewiesen, dieses Land - Niedersachsen - arm und Nordrhein-Westfalen dafür reich zu rechnen. Das ist die Methode.

(D)

(Zuruf von der CDU)

Das konnte nur gelingen, weil er bei der Verteilung der Bundesergänzungszuweisungen mit geradezu unglaublicher Willkür - das muß ich so sagen - nicht die tatsächliche Finanzkraft der beiden Länder zugrunde legt, sondern teilweise mit geschätzten und teilweise mit fiktiven Zahlen arbeitet, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben.

(Zustimmung bei der SPD - Aigner (SPD): Das ist Betrug; das sind Betrüger in Bonn!)

Ich habe schon vor einigen Tagen hier im Landtag bei der Stahldebatte erklärt, und ich wiederhole es: Ich habe es bisher nicht für möglich gehalten, daß in einem deutschen Ministerium ein solches Maß an Unehrlichkeit und Manipulation vorkommt.

(Beifall bei der SPD - Abg. Dr. Linssen meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Lassen Sie mich eben die Zahlen nennen, Herr Linssen. - Obwohl sich Niedersachsens

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Einnahme aus der Förderzinsabgabe in den Jahren 1985 und 1986 auf 3,6 Milliarden DM summiert, schätzt der Bundesfinanzminister sie einfach auf 2,4 Milliarden DM und macht damit dieses Land um 1,2 Milliarden DM ärmer, als es in Wahrheit ist. Außerdem rechnet der Bundesfinanzminister dem Land Niedersachsen statt der tatsächlich erhaltenen 1 681 Millionen DM aus dem Länderfinanzausgleich einfach nur 1 158 Millionen DM, also 523 Millionen DM zuwenig an. Wenn wir dieses Geld bloß hätten!

Für das Land Nordrhein-Westfalen - entschuldigen Sie, Herr Linssen, ich will eben die Zahlen zu Ende führen - wird mit umgekehrter Tendenz gerechnet. Statt der in den Jahren 1985 und 1986 wirklich erhaltenen 90,7 Millionen DM aus dem Länderfinanzausgleich rechnet der Bundesfinanzminister unserem Lande 137,7 Millionen DM zuviel an, nämlich die völlig aus der Luft gegriffene Zahl von 228,4 Millionen DM. Kein Mensch weiß, wie er darauf kommt.

(Trinius (SPD): Das, was er uns zugestanden hat!)

Durch diese Operation wird der Finanzkraftvergleich derart verfälscht, daß die Grenze zur Willkür überschritten ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage?

(B)

(Dr. Farthmann (SPD): Ja.)

- Sie haben das Wort, Herr Abg. Dr. Linssen.

Dr. Linssen (CDU): Herr Kollege Farthmann! In dem durchaus zu besprechenden Streit um 100 Millionen DM gebrauchen Sie hier Vokabeln, die man nur, wenn man es vorsichtig formuliert, als Tritt gegen das Schienbein von anderen bezeichnen kann.

(Schleußer (SPD): Ist das die Frage?  
- Weitere Zurufe von der SPD)

Meinen Sie nicht, daß dieser Ton geradezu unangemessen ist vor dem Hintergrund, daß wir Milliarden für Nordrhein-Westfalen geholt haben, nämlich 1,1 Milliarden DM über die Kohlerunde, 300 Millionen für die Sozialpläne beim Stahl und 100 Millionen DM alleine jetzt für Aachen?

(Zustimmung bei der CDU - Lebhafter Widerspruch bei der SPD)

Dr. Farthmann (SPD): Ich kann nur sagen, Herr Linssen: Da können wir es ja alle mit der Wahrheit und mit der parteipolitischen Brille halten, wie wir wollen - das, was ich gesagt habe, ist die mildeste aller möglichen Formulierungen für das, was dort manipuliert worden ist. (C)

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Hardt (CDU))

Mit Rechtsstaatlichkeit und mit gesamtwirtschaftlicher Verantwortung hat das alles nichts mehr zu tun!

(Oh! bei der CDU)

Was der Bund offensichtlich betreibt - jetzt muß ich das Wort wiederholen, obwohl Herr Dorn sich heute morgen schon darüber geärgert hat -, das kann man wirklich, solange diese Zahlen nicht aus dem Verkehr gezogen sind, nur als bewußte Verelendungsstrategie bezeichnen,

(Zuruf von der CDU)

um unser Land Nordrhein-Westfalen für seine sozialdemokratische Landesregierung abzustrafen. Anders kann man es nicht bezeichnen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich habe dies alles einmal vorzuführen versucht - und offensichtlich hat es Sie ja auch nicht gelangweilt - um dadurch deutlich zu machen: Das sind die Rahmenbedingungen, unter denen wir in Nordrhein-Westfalen Landespolitik betreiben müssen. (D)

(Zuruf des Abg. Mietz (CDU))

Trotzdem kann man sagen: Unsere Politik ist die abgewogene und zielgerichtete Antwort auf die Herausforderungen des wirtschaftlichen Strukturwandels.

(Dr. Linssen (CDU): Das glaubt uns niemand mehr!)

- Ich werde jetzt versuchen, Ihnen das an Beispielen deutlich zu machen. Mit Ihrem Glauben ist das immer etwas schwierig in solchen Diskussionen.

(Dr. Linssen (CDU): "Nackte Not" ist doch nicht die richtige Antwort!)

Trotz aller Schwierigkeiten haben wir ja immerhin die notwendige Haushaltskonsolidierung auch gerade dank der erfreulichen und dankenswerten Arbeit unseres Finanz-

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) ministers Posser ein gutes Stück voran-  
gebracht.

(Beifall bei der SPD - Schauerte (CDU):  
Wir haben ja Steuererhöhungen!)

Seit 1981 haben wir die jährliche Neuverschuldung von 10,1 Milliarden DM auf 5,6 Milliarden DM im Jahre 1987, also um 45 %, gesenkt. Und wir haben leider keine Bundesbankkassen!

Die finanziellen Restriktionen haben den wirtschaftlichen Wandel in unserem Lande nicht beeinträchtigt. Nordrhein-Westfalen schreitet vielmehr trotz aller Unkenrufe - ich muß es immer wiederholen - zügig voran. Wir sind längst nicht mehr das Land, in dem die Montanindustrien dominieren.

(Schauerte (CDU): Den geringsten  
Zuwachs!)

Im Gegenteil: Chemie, Maschinenbau, Nahrungsmittelindustrie, Elektroindustrie sind heute die Branchenführer in unserem Lande. Der Dienstleistungssektor hat sogar einen Anteil von 55 % am Bruttoinlandsprodukt. In der Produktivität, das heißt beim Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem, nimmt Nordrhein-Westfalen im Flächenländervergleich mit 77 800 DM nach wie vor den zweitbesten Platz hinter Hessen ein, das auf 79 820 DM kommt.

- (B) (Schauerte (CDU): Mit abfallender  
Tendenz!)

Wir sind kein Schrotthaufen, und wir verwahren uns dagegen, als solcher bezeichnet zu werden!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir sind ein hochproduktives Land; denn erst an dritter Stelle folgt - mit Abstand sogar - Baden-Württemberg, das auf 73 750 DM kommt, und das Schlußlicht bildet Niedersachsen mit 68 340 DM.

Meine Damen und Herren, wir haben 46 Hochschulen und Universitäten, 11 Max-Planck-Institute und 5 Fraunhofer-Institute. Sie tragen dazu bei, daß Nordrhein-Westfalen inzwischen in der Spitzentechnologie eine führende Stellung einnimmt. Unsere Politik hat dafür gesorgt, daß Nordrhein-Westfalen Rückstände überwunden hat und heute in der Entwicklung technologiehaltiger Produkte - so nennt die OECD das - gleichauf mit dem Bundesdurchschnitt liegt. Bis jetzt wurden mit Landeshilfe 14 Technologiezentren aufgebaut; damit liegen wir an der Spitze aller Bundesländer.

(C) Für zukunftssträchtige Unternehmen ist Nordrhein-Westfalen weiterhin ein bevorzugter Standort. Siemens hat in Witten eine der modernsten Produktionsstätten - mit 2 000 Beschäftigten - für den Bereich der Telekommunikationsausrüstung errichtet. Außerdem hat Siemens in Düsseldorf-Angermund ein neues Entwicklungszentrum für Mikroelektronik geschaffen. Insgesamt beschäftigt Siemens in Nordrhein-Westfalen rund 30 000 Arbeitnehmer.

In Paderborn schafft Nixdorf in absehbarer Zeit 4 600 neue Arbeitsplätze. Gemeinsam mit dem Land richtet dieses Unternehmen an der Universität Paderborn ein Forschungsinstitut für Informatik und Technik ein.

Nordrhein-Westfalen - auch das ist ein Punkt, den Sie sich einmal anhören sollten - bleibt nach wie vor in der Bundesrepublik das wichtigste Land für japanische Direktinvestitionen.

(Zuruf von der F.D.P.: Wie lange noch?)

- Die sind voll dabei, das steigert sich sogar noch. - Toshiba hat gerade jetzt in Mönchengladbach ein neues Elektronikwerk gebaut; 250 Beschäftigte heute, Ausbau bis 1990 auf 800 bis 1 000 Beschäftigte. Fujitsu hat in Kleve für die Fabrikation von Datenträgern für Computersysteme eine große Fertigungsstätte erworben. Das geplante Investitionsvolumen beträgt 100 Millionen DM. Damit können 300 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Shimadzu hat sich in Duisburg niedergelassen, um moderne Geräte und Labortechnik zu produzieren. Jetzt gibt es zwar erst 53 Beschäftigte; in 2 Jahren soll die Belegschaft aber auf 100 aufgestockt werden. Erst vor 4 Tagen meldete die deutsche Presseagentur, daß der japanische Elektronikkonzern Atai-Electric in Dortmund eine neue Produktionsstätte gründen und 500 neue Arbeitsplätze schaffen will. Das zeigt, die ständigen Behauptungen - ob aus Dummheit oder aus politischem Interesse, das will ich jetzt ganz dahingestellt sein lassen -

(Aigner (SPD): Die Miesmacher von der CDU)

die ständigen Behauptungen in der Öffentlichkeit, die modernen Industrien gingen lieber nach Bayern und Baden-Württemberg, haben mit der Wirklichkeit nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Modernste Technik sorgt auch dafür, daß Nordrhein-Westfalen das Kraftzentrum der



(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Bundesrepublik ist und bleibt. 42 % der bundesweit benötigten Elektrizität werden bei uns erzeugt. Im Flächenländervergleich - auch das ist eine schöne Zahl - haben wir in Nordrhein-Westfalen bis jetzt den günstigsten Strompreis sowohl für Privathaushalte als auch für gewerbliche Abnehmer. Wenn man die Stadtstaaten einbezieht, ist nur in Hamburg der Strom billiger.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rohde?

(Dr. Farthmann (SPD): Natürlich!)

- Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Dr. Rohde (F.D. P.): Herr Kollege Farthmann, nachdem Sie soeben die Situation Nordrhein-Westfalens so günstig geschildert haben: Sind Sie nicht der Meinung, es wäre vernünftig, sich auf eine realistische Schilderung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Nordrhein-Westfalens zu einigen, um mit dem notwendigen Effekt auch die erbetenen Mittel des Bundes zu bekommen?

(Zurufe von der SPD)

Dr. Farthmann (SPD): Herr Rohde, ich bin gern dafür, daß wir uns darauf einigen. Ich bin sogar bereit - das sage ich hier ganz offen -, im Interesse eines vernünftigen Miteinanders Abstriche zu machen. Aber, meine Damen und Herren, daß wir vorher unseren Grundpositionen abschwören - das können wir nicht, und das wollen wir nicht; und ich glaube, im Interesse der Demokratie dürfen wir das auch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen ja wohl in der Lage sein, in Grundfragen Meinungsverschiedenheiten zu haben und gleichzeitig in den kleinen Alltagsfragen im Interesse unserer Bürger zusammenarbeiten zu können.

Nordrhein-Westfalen ist auch das Zentrum für Umwelttechniken. Ein Drittel der deutschen Umweltschutzunternehmen hat ihren Sitz in unserem Land. Vor allem in den Bereichen Luftreinhaltung und Entsorgung nimmt Nordrhein-Westfalen sogar eine ausgesprochene Spitzenstellung ein.

Das alles zeigt: Die Landesregierung in NRW und die SPD in NRW sind weder technik- noch wirtschaftsfeindlich. Verbreiten Sie nicht immer diese Mär.

(Beifall bei der SPD)

Im Rahmen der Regionalförderung hat Nordrhein-Westfalen seit 1980 bei 4 000 Unternehmen Investitionen mit einem Volumen von über 17 Milliarden DM unterstützt. Damit konnten 200 000 neue Arbeitsplätze geschaffen oder alte gesichert werden. Mit dem beschäftigungsorientierten Förderungsprogramm haben wir 12 000 Existenzgründungen ermöglicht. Die Entwicklung, Einführung und Verbreitung neuer Techniken fördern wir, wie Sie alle im Haushalt nachlesen können, mit dem Technologieprogramm "Wirtschaft" und mit unserem Programm "Zukunftstechnologien".

(Schauerte (CDU): Ist aber kräftig gekürzt worden!)

Meine Forderungen am Schluß dieser dritten Lesung unseres Landeshaushaltes lauten - zunächst an die Bundesregierung -: Strafen Sie die Bürger unseres Landes nicht länger dafür, daß sie mehrheitlich sozialdemokratisch gewählt haben.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns gemeinsam Wege suchen, die den von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen an Rhein und Ruhr helfen. Wir sind dazu bereit.

(Beifall bei der SPD)

Beteiligen Sie, von der Bundesregierung, sich mit Ihrem Zwei-Drittel-Anteil an unserer Zukunftsinitiative Montanregionen. Wer sagt, die wäre nicht gut oder nicht ausreichend: der Ideenfülle sind ja keine Grenzen gesetzt. Bis jetzt ist das doch die einzige Konkretisierung, die wir haben. Wir haben ja nichts dagegen, wenn andere Konkretisierungen auf den Tisch kommen. Wir sind für alles, was unserem Lande hilft.

Helfen Sie den Kommunen unseres Landes, die finanziell mit dem Rücken an der Wand stehen, und lassen Sie ihnen wirksame Hilfen zukommen.

Die Bedrohung der Montanindustrie muß nicht schicksalhaft erduldet werden. Es ist möglich, sie durch entschlossenes und konsequentes Handeln abzuwenden. Das Land und die Landesregierung sind dazu bereit. Wir verlangen vom Bund und von der EG, ihren Teil dazu beizutragen und sich nicht den Verpflichtungen für die Bürger unseres Landes zu entziehen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

- (A) Präsident Denzer: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zu den Abstimmungen.

Zunächst: Abstimmung über das Gemeindefinanzierungsgesetz 1988. Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der Beschlußempfehlung unseres Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2692 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung verabschiedet.

Abstimmung über das Haushaltsgesetz 1988! Wer dem Gesetzentwurf und damit dem Haushaltsplan entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2690 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Danke schön! Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung verabschiedet.

Ich rufe nun die Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1987 bis 1991 auf. Entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2691 bitte ich um Kenntnisnahme. - Ich stelle dies fest.

Abschließend lasse ich über die vorliegenden Entschließungsanträge abstimmen.

- (B) Ich rufe den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 10/2701 - Stichwort: Kriminalitätsbekämpfung - auf. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Danke schön! Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe nunmehr den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/2702 - Stichwort: Rechtspflege, Strafvollzug - zu Einzelplan 04 auf. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Danke schön! Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Ich komme nunmehr zu dem Entschließungsantrag Drucksache 10/2703 der Fraktion der CDU - Stichwort: Schule und Kultur, Wissenschaft und Forschung - zu den Einzelplänen 05 und 06. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Danke schön! Dieser Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Entschließungsantrag Drucksache 10/2706 der Fraktion der CDU - Stichwort: Private Hochschule Witten/Herdecke - zu Einzelplan 06 auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Danke schön! Enthaltungen? - Dieser Entschließungsantrag ist angenommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich komme nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Drucksache 10/2704 der CDU-Fraktion zum Landesjugendplan - Einzelplan 07 -. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Danke schön! Enthaltungen? - Danke schön! Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Ich rufe nun den Entschließungsantrag Drucksache 10/2715 der Fraktion der SPD zum Landesjugendplan - Einzelplan 07 - auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Danke schön! Enthaltungen? - Dieser Entschließungsantrag ist angenommen.

Ich rufe nunmehr den Entschließungsantrag Drucksache 10/2723 der Fraktion der SPD - Stichwort: Steinkohle - zum Einzelplan 08 auf. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Danke schön! Enthaltungen? - Dieser Entschließungsantrag ist angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Drucksache 10/2726 der Fraktionen der CDU und der F.D.P. - Stichwort: Steinkohle - zu Einzelplan 08. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dieser Entschließungsantrag ist angenommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich rufe schließlich den Entschließungsantrag Drucksache 10/2705 der Fraktion der CDU - Stichwort: Verkehr - zum Einzelplan 11 auf. Wer diesem Entschließungsantrag der CDU zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Damit, meine Damen und Herren, sind die Beratungen zum Haushalt 1988 beendet.

(C)

(D)